

Beteiligentransparenzdokumentation

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/2207)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 19. Oktober 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Im Thüringer Heilberufegesetz in der Fassung vom 29. Januar 2002 (GVBl. S. 125), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2020 (GVBl. S. 504), sind noch nicht vollständig die Vorgaben der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in der jeweils geltenden Fassung berücksichtigt. Zudem stimmen die Regelungen zu den Ethik-Kommissionen nicht mehr mit zwischenzeitlich geänderten Bundesvorschriften überein; dies betrifft das Arzneimittelgesetz, das Medizinprodukte-Durchführungsgesetz, das Transfusionsgesetz sowie das Strahlenschutzgesetz.

Nach den Grundsätzen der Verordnung (EU) 2016/679 muss die Verarbeitung personenbezogener Daten entweder auf einer ausdrücklichen Einwilligung oder auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen. Eine solche gesetzliche Grundlage soll durch die Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes geschaffen werden, damit die Kammern für Heilberufe und ihre Versorgungswerke die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können.

Die Bestimmungen zu den Ethik-Kommissionen sollen aktualisiert und darüber hinaus gestrafft werden. Sie bedürfen insbesondere der Anpassung an das geltende Arzneimittelgesetz. Danach kann eine klinische Prüfung von Arzneimitteln bei Menschen nur noch durch die Ethik-Kommission eines Landes bewertet werden, die beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte registriert ist. Die Mitwirkung einer Ethik-Kommission eines Landes ist ebenfalls für die klinische Prüfung von Medizinprodukten und Leistungsbewertungsprüfungen von In-vitro-Diagnostika nach dem Medizinprodukte-Durchführungsgesetz sowie Forschungsvorhaben nach dem Strahlenschutzgesetz erforderlich. Auch nach dem Transfusionsgesetz dürfen bestimmte Maßnahmen nur durchgeführt werden, wenn das zustimmende Votum einer nach Landesrecht gebildeten Ethik-Kommission vorliegt.

Des Weiteren soll die Veröffentlichung von Satzungen und anderen amtlichen Veröffentlichungen der Kammern sowie deren Versorgungswerke

in elektronischer Form sowie die Übermittlung von Daten zwischen den Kammern und deren Versorgungswerken möglich sein.

Ferner soll ein Hinweis auf die Ehrenamtlichkeit der Tätigkeit in den Organen der Kammern für Heilberufe sowie deren Versorgungswerke aufgenommen werden, weil eine Regelung der Ehrenamtlichkeit auf Satzungsebene seit dem 1. Januar 2020 in umsatzsteuerrechtlicher Hinsicht nicht mehr ausreichend ist.

Zudem ist aus Klarstellungsgründen die Ergänzung einer Legaldefinition der Berufsausübung im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 notwendig.

B. Lösung

Erlass des vorliegenden Änderungsgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine; durch das Änderungsgesetz werden weder für die öffentlichen Haushalte noch bei den Kammern für Heilberufe zusätzliche Kosten verursacht.

F. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 25. November 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Sechsten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 16./17./18. Dezember 2020.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Heilberufegesetz in der Fassung vom 29. Januar 2002 (GVBl. S. 125), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2020 (GVBl. S. 504), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Berufsausübung im Sinne dieses Gesetzes ist jede berufliche Tätigkeit, bei der das Fachwissen des Heilberufs angewandt oder mitverwendet wird oder angewandt oder mitverwendet werden kann."

2. § 5 a wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden nach dem Wort "Auskunft" ein Komma und das Wort "Datenübermittlung" angefügt.

- b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

"(3) Die Kammern und die Versorgungswerke nach § 5 b können personenbezogene Daten ihrer Mitglieder untereinander übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des jeweiligen Empfängers nach diesem Gesetz erforderlich ist. Soweit auch besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Buchst. h der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) in der jeweils geltenden Fassung übermittelt werden, sind angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Grundrechte und Interessen der betroffenen Personen vorzusehen."

3. § 5 b wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 11 wird das Komma nach dem Wort "endet" durch das Wort "und" ersetzt.

- bb) In Nummer 12 wird das Wort "und" nach dem Wort "Versorgungsleistungen" durch einen Punkt ersetzt.

- cc) Nummer 13 wird aufgehoben.

- b) Folgende Absätze 8 und 9 werden angefügt:

"(8) Die Versorgungswerke sind berechtigt, personenbezogene Daten ihrer Mitglieder und der sonsti-

gen Leistungsberechtigten (Hinterbliebene der Mitglieder) zu verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Versorgungswerke nach diesem Gesetz und der Satzung nach Absatz 4 erforderlich ist. Dies gilt insbesondere für folgende personenbezogenen Daten:

1. Namen, Geburtsnamen, Vornamen, früher geführte Namen, Titel, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Familienstand, jeweils bezogen auf das Mitglied des Versorgungswerks oder den Ehepartner oder den eingetragenen Lebenspartner,
2. Namen, Vornamen und Geburtsdatum der Kinder,
3. Tag der Eheschließung oder Begründung der Lebenspartnerschaft, Tag der Scheidung oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft, Daten zum Versorgungsausgleich,
4. Todesdatum des Mitglieds des Versorgungswerks, des verstorbenen Ehepartners oder des verstorbenen eingetragenen Lebenspartners,
5. Kommunikationsdaten für die Erreichbarkeit (zum Beispiel Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Wohnanschrift, Dienstanschrift), gegebenenfalls auch Name und Kontaktdaten eines bevollmächtigten Ansprechpartners,
6. berufsbezogene Tätigkeitsdaten,
7. Daten zu Rentenbezug, Renten- und Krankenversicherung,
8. Gesundheitsdaten, soweit diese zur Prüfung eines Anspruchs auf Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente oder eines Zuschusses zu Rehabilitationsmaßnahmen erforderlich sind,
9. Daten über Einkünfte oder Umsätze aus der beruflichen Tätigkeit,
10. Bankverbindung,
11. Pfändungsdaten bei Leistungsbezug,
12. Ausbildungsverhältnisse der Kinder.

Soweit nach den Sätzen 1 und 2 besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Buchst. b der Verordnung (EU) 2016/679 verarbeitet werden, sind angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Grundrechte und Interessen der betroffenen Personen vorzusehen.

(9) Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen der Versorgungswerke ist ehrenamtlich."

4. Nach § 5 c wird folgender § 5 d eingefügt:

"§ 5 d
Amtliche Veröffentlichungen

Die Satzungen und andere amtliche Veröffentlichungen der Kammern und deren Versorgungswerke sind

1. im Mitteilungsblatt nach § 1 Abs. 1 Satz 4 beziehungsweise in den durch Satzung des Versorgungswerks bestimmten Mitteilungsblättern oder
2. auf der Internetseite der Kammer unter Angabe des Bereitstellungstags

bekannt zu machen. Die auf der Internetseite bereitgestellten Satzungen und anderen amtlichen Veröffentlichungen sind dort dauerhaft bereitzustellen und müssen frei zugänglich sein. Die Kammer hat in ihrem

Mitteilungsblatt auf die Internetseite, unter der die Bereitstellung erfolgt ist, hinzuweisen. Erfolgen amtliche Veröffentlichungen des Versorgungswerks nicht nur im Mitteilungsblatt der Kammer, veranlasst das Versorgungswerk einen entsprechenden Hinweis in dem weiteren Mitteilungsblatt. Abweichend von Satz 1 Nr. 2 kann durch Satzung des Versorgungswerks bestimmt werden, dass die amtlichen Veröffentlichungen des Versorgungswerks auf dessen Internetseite unter Angabe des Bereitstellungstags bekannt gemacht werden. Wird die elektronische Veröffentlichung gewählt, muss die Möglichkeit bestehen, ein ausgedrucktes Exemplar in der Geschäftsstelle der Kammer beziehungsweise des Versorgungswerks zu den üblichen Geschäftsstunden einsehen zu können."

5. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort "Apothekenbetriebsverordnung" durch das Wort "Apothekenbetriebsordnung" ersetzt.

b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Die Landesapothekerkammer ist zuständig nach der Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO)

1. zum Vollzug der Regelungen über die Dienstbereitschaft der Apotheken nach § 23 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und Abs. 3 Satz 2 ApBetrO; § 5 des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes bleibt unberührt, und
2. für die Erteilung der Erlaubnis zum Unterhalten von Rezeptsammelstellen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 ApBetrO."

6. Dem § 13 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen und Ausschüssen der Kammern ist ehrenamtlich."

7. Die §§ 17 a und 17 b erhalten folgende Fassung:

"§ 17 a

Ethik-Kommission bei der Landesärztekammer

(1) Die Landesärztekammer errichtet eine Ethik-Kommission für

1. die Beratung ihrer Mitglieder und der Mitglieder der Landeszahnärztekammer in berufsethischen Fragen,
2. die Wahrnehmung der bundes- oder landesrechtlich einer öffentlich-rechtlichen Ethik-Kommission zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Ausführung von Aufgaben nach
 - a) den §§ 40 bis 42a des Arzneimittelgesetzes,
 - b) dem Kapitel 4 Abschnitt 2 des Medizinprodukte-recht-Durchführungsgesetzes,
 - c) den §§ 8 und 9 des Transfusionsgesetzes,
 - d) § 36 des Strahlenschutzgesetzes sowie
 - e) § 24 in Verbindung mit den §§ 20 bis 23b des Medizinproduktegesetzes in der bis einschließlich 25. Mai 2021 geltenden Fassung bis einschließlich 25. Mai 2022.

Unberührt von Satz 1 Nr. 2 Buchst. e bleiben die übrigen Aufgaben der Ethik-Kommission nach dem

bis einschließlich 25. Mai 2021 geltenden Medizinproduktegesetz. Sofern eine Teilnahme der Ethik-Kommission an dem Verfahren zur Bewertung eines Antrags auf Genehmigung einer klinischen Prüfung nach Bundesgesetz nicht verpflichtend ist, kann die Landesärztekammer der Ethik-Kommission die Wahrnehmung der Aufgaben nach Satz 1 Nr. 2 übertragen.

(2) Die Ethik-Kommission dient dem Schutz der Patienten sowie der Probanden, dem Schutz der Forschenden und der Vertrauensbildung gegenüber der notwendigen medizinischen Forschung am Menschen.

(3) Die Verantwortlichkeit der die Genehmigung für eine klinische Prüfung beantragenden Person und der die klinische Prüfung durchführenden Ärzte bleibt unberührt.

(4) Die Zusammensetzung der Ethik-Kommission richtet sich für die bundesrechtlich einer Ethik-Kommission zugewiesenen Aufgaben nach den jeweiligen bundesgesetzlichen Vorgaben und wird durch die Landesärztekammer in der Satzung nach Absatz 5 festgelegt. Bei der Wahrnehmung der sonstigen Aufgaben besteht die Ethik-Kommission mindestens aus

1. fünf Ärzten verschiedener Fachrichtungen, die eine ausgewiesene fachliche und wissenschaftliche Qualifikation und Erfahrungen in ärztlichen Leitungsfunktionen oder als niedergelassener Arzt nachweisen,
2. einem Medizintechniker oder einem Mitglied mit vergleichbarem technischen Hochschulabschluss, der über eine fachspezifische Hochschul- oder Fachhochschulausbildung und eine entsprechende Berufserfahrung verfügt,
3. einem Juristen mit der Befähigung zum Richteramt oder dem Abschluss als Diplom-Jurist, der Kenntnisse in naturwissenschaftlichen oder medizinischen Fachgebieten besitzt,
4. einem Geistes- oder Sozialwissenschaftler, der Kenntnisse in naturwissenschaftlichen oder medizinischen Fachgebieten besitzt, und
5. einer Pflegekraft, die mindestens als Stationschwester oder Stationspfleger, Pflegedienstleiter oder Hygienefachkraft qualifiziert ist.

Die Mitglieder der Ethik-Kommission sollen eine mindestens zehnjährige Berufserfahrung in ihrem jeweiligen Fachgebiet nachweisen. Frauen und Männer sollen etwa in gleicher Zahl vertreten sein. Es können Stellvertreter, die jeweils über die gleiche Qualifikation wie das berufene Mitglied verfügen, berufen werden.

(5) Die Landesärztekammer erlässt zur Errichtung und zur Arbeit der Ethik-Kommission eine Satzung, in der vorbehaltlich besonderer bundesgesetzlicher Vorgaben insbesondere zu regeln sind:

1. die Anschrift, Aufgaben und Zuständigkeiten,
2. die Voraussetzungen für ihre Tätigkeit,
3. die Zusammensetzung der Ethik-Kommission unter Berücksichtigung von Absatz 4 Satz 1,
4. die Anforderungen an die Sachkunde, die Unabhängigkeit und die Pflichten der Mitglieder,
5. das Verfahren
 - a) zur Berufung der Mitglieder,

- b) der Beratung und Beschlussfassung,
- c) zur Bekanntgabe von Beschlüssen,
- 6. die Geschäftsführung,
- 7. die Aufgaben des Vorsitzenden,
- 8. die Kosten des Verfahrens,
- 9. die Entschädigung der Mitglieder,
- 10. die Gebühren zur Deckung der Kosten nach den Nummern 8 und 9,
- 11. die Anerkennung der Voten anderer öffentlich-rechtlicher Ethik-Kommissionen bei multizentrischen Studien,
- 12. die Bekanntgabe von Sondervoten.

(6) Die Satzung der Ethik-Kommission bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

§ 17 b

Ethik-Kommission an der
Friedrich-Schiller-Universität Jena

(1) Die Friedrich-Schiller-Universität Jena kann zur Prüfung eigener klinischer Forschungsvorhaben sowie zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 17 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 und Satz 2 eine eigene, unabhängige Ethik-Kommission errichten.

(2) § 17 a Abs. 2 bis 6 gilt für die Ethik-Kommission nach Absatz 1 entsprechend.

(3) Die Friedrich-Schiller-Universität Jena beruft die Mitglieder ihrer Ethik-Kommission im Einvernehmen mit dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium und im Benehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerium."

- 8. Die § 17 c bis 17 g werden aufgehoben.
- 9. Die §§ 17 h bis 17 j werden die §§ 17 c bis 17 e.
- 10. In § 30a Abs. 2 Satz 2 werden die Worte "des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1 ff; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.05.2018, S. 2)" gestrichen.
- 11. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen und der Änderung aufgrund des Fünften Gesetzes zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes vom 8. Oktober 2020 (GVBl. S. 504) angepasst.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Mit der Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes in der Fassung vom 29. Januar 2002 (GVBl. S. 125) in der jeweils geltenden Fassung werden notwendige Anpassungen umgesetzt. Dies betrifft insbesondere die

- Ergänzung einer Legaldefinition der Berufsausübung im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1,
- Ermächtigung für die Kammern und ihrer Versorgungswerke, die persönlichen Daten ihrer Mitglieder in dem zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang gegenseitig übermitteln zu können (§ 5a),
- Ermächtigung für die Versorgungswerke, personenbezogene Daten ihrer Mitglieder und der sonstigen Leistungsberechtigten in dem zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung notwendigen Umfang zu verarbeiten (§ 5b),
- Klarstellung, dass die Tätigkeit in den Organen der Kammern der Heilberufe sowie deren Versorgungswerken ehrenamtlich ist, weil eine Regelung auf Satzungsebene seit dem 1. Januar 2020 nicht mehr ausreichend ist (§§ 5b und 13),
- Möglichkeit der Veröffentlichung von Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen im Internet (§ 5d) sowie
- Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben für die Tätigkeit der Ethik-Kommissionen im Rahmen der Bewertung klinischer Prüfungen, von Forschungsvorhaben sowie weiterer gesetzlich definierter Aufgaben (§§ 17a und 17b).

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 gehören den Kammern für Heilberufe alle Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker und Psychologische Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendpsychotherapeuten an, die in Thüringen ihren Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Eine Legaldefinition der Berufsausübung im Sinne dieser Bestimmung enthält das Thüringer Heilberufegesetz bisher nicht; eine solche enthalten mittlerweile jedoch die meisten Berufsordnungen der Kammern für Heilberufe. Der kammerrechtliche Begriff der Berufsausübung im Bereich des Heilberufsrechts wird regelmäßig weiter ausgelegt als derjenige im Sinne des Approbationsrechts. So werden unter ärztlicher, zahnärztlicher oder tierärztlicher Tätigkeit im Sinne des kammerrechtlichen Begriffs der Berufsausübung nicht nur diejenigen Tätigkeiten verstanden, für die die ärztliche, zahnärztliche oder tierärztliche Approbation oder Erlaubnis Voraussetzung ist, sondern auch jene Tätigkeiten, bei welchen Kenntnisse verwertet werden, die aufgrund einer ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Tätigkeit erworben wurden oder die nach den jeweils geltenden Vorschriften Gegenstand der ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Ausbildung, Fort- oder Weiterbildung sind. Der Begriff der ärztlichen Tätigkeit umfasst danach auch solche Tätigkeiten eines Mitglieds, bei denen er seine im Medizinstudium erlangten Fachkenntnisse einsetzt, selbst wenn sie nur mitverwendet werden. Ausgenommen sind nur berufsfremde Tätigkeiten, die in keinerlei Zusammenhang mit der ärztlichen Ausbildung und den medizinischen Fachkenntnissen stehen (vergleiche zum Beispiel Urteil des

Bundessozialgerichts vom 7. Dezember 2017, Az. B 5 RE 10/16 R, unter Verweis auf die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zum Kammerrecht). Dementsprechend ist zum Beispiel nach § 1 Abs. 3 Satz 2 der Berufsordnung der Landestierärztekammer Thüringen vom 2. Juli 2014 (DTBl. 8/S. 1189) in der jeweils geltenden Fassung unter Ausübung des tierärztlichen Berufs jede Tätigkeit zu verstehen, bei der die während des abgeschlossenen Studiums der Veterinärmedizin erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten verwertet werden. Im Rahmen der Antragsverfahren von Angehörigen der Heilberufe auf Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung - in der Fassung vom 19. Februar 2002 (BGBl. 1 S. 754, 1404, 3384) in der jeweils geltenden Fassung kommt es maßgeblich darauf an, ob wegen der konkret ausgeübten Berufstätigkeit eine Pflichtmitgliedschaft in einem Versorgungswerk und einer berufsständischen Kammer besteht. Dies ist anhand der einschlägigen versorgungs- und kammerrechtlichen Normen zu prüfen (vergleiche oben genanntes Urteil des Bundessozialgerichts sowie Urteil des Bundessozialgerichts vom 22. März 2018, Az. B 5 RE 5/16 R). Die Kammermitgliedschaft knüpft, wie oben ausgeführt, an die Ausübung des Berufs an, die Mitgliedschaft im Versorgungswerk an die Kammerzugehörigkeit (§ 5b Abs. 1 Satz 2). Im Rahmen eines aktuellen Antragsverfahrens auf Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich gezeigt, dass eine nur untergesetzliche Definition des Begriffs der Berufsausübung im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 1 mit nicht unerheblichen Rechtsunsicherheiten verbunden ist. Durch die Einfügung einer Begriffsdefinition in § 2 Abs. 1 soll dem entgegengetreten werden. Bei der letzten Variante der Begriffsdefinition wurde wie in anderen Heilberufsgesetzen (vergleiche zum Beispiel Berliner Heilberufekammergesetz vom 2. November 2018 -GVBl. S. 622-) die Formulierung "werden kann" verwendet, um den möglichen unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern innerhalb eines Berufsbildes Rechnung zu tragen.

Demgegenüber bezieht sich die in § 20 Abs. 2 Satz 1 und Satz 4 in Verbindung mit Satz 1 genannte Begrifflichkeit (Ausübung ärztlicher, zahnärztlicher, psychotherapeutischer und tierärztlicher Tätigkeit) nach Sinn und Zweck der Regelung auf die Berufsausübung im Sinne des Approbationsrechts.

Zu Nummer 2

Die Kammern für Heilberufe können nach § 5b Abs. 1 durch Satzung Versorgungswerke zur Sicherung ihrer Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit sowie zur Sicherung der Hinterbliebenen schaffen. Von dieser Ermächtigung haben die Landesärzte-, Landeszahnärzte- und Landestierärztekammer Gebrauch gemacht. Mit der Regelung in Absatz 3 wird eine gesetzliche Grundlage für den im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung notwendigen Datenaustausch zwischen der Kammer und ihrer jeweiligen Versorgungseinrichtung sowie zwischen den Kammern und deren Versorgungswerken untereinander geschaffen. Hierdurch kann widersprüchlichen Angaben nachgegangen und eine ordentliche Mitgliederverwaltung sichergestellt werden. Darüber hinaus kann es im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung erforderlich werden, auch Gesundheitsdaten zu übermitteln, wenn diese für die weitere Ausübung des ärztlichen Berufs approbationsrelevant sein könnten. Dies betrifft insbesondere gesundheitliche Feststellungen im Rahmen einer Berufsunfähigkeitsrente. Der Datenaustausch erfolgt nach Maßgabe der datenschutzrechtlichen Bestimmungen nach der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum

Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2) und des Thüringer Datenschutzgesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) jeweils in der jeweils geltenden Fassung und ist auch auf elektronischem Wege möglich. Die Übermittlung von Gesundheitsdaten als eine besondere Kategorie personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2016/679 bedarf eines besonderen Schutzes, insbesondere durch Verschlüsselung der Daten. Die Verordnung (EU) 2016/679 nennt die Verschlüsselung ausdrücklich in Artikel 32 Abs. 1 Buchst. a. Der Austausch der Daten stützt sich mit Ausnahme der Gesundheitsdaten auf Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 2 und 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2016/679. Ermächtigungsgrundlage hinsichtlich der Übermittlung von Gesundheitsdaten ist Artikel 9 Abs. 2 Buchst. h der Verordnung (EU) 2016/679, weil der Austausch der Gesundheitsdaten dazu dient, in berufsrechtlicher Hinsicht zu prüfen, ob die für die Berufsausübung erforderliche gesundheitliche Eignung (vergleiche zum Beispiel § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 der Bundesärztereordnung) des Mitglieds noch vorliegt. Darüber hinaus wird den Rechten der Betroffenen durch die Regelung in Satz 2 Rechnung getragen. Angemessene und spezifische Maßnahmen entsprechend dieser Regelung können zum Beispiel technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne der Artikel 24, 25 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 sein. In den Artikeln 25 und 32 der Verordnung (EU) 2016/679 sind bereits Vorgaben für die zu treffenden Maßnahmen enthalten. Die Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten sind sowohl nach Artikel 25 als auch nach Artikel 32 der Verordnung (EU) 2016/679 zu berücksichtigen. Bei der Verarbeitung besonders sensibler Daten sind die Maßnahmen entsprechend durch besonders starke Schutzmechanismen auszufüllen. Eine entsprechende Maßnahme kann auch in der Sensibilisierung der an den Verarbeitungsvorgängen Beteiligten liegen. Zu den Maßnahmen, die die Sicherheit der Datenverarbeitung nach Artikel 32 der Verordnung (EU) 2016/679 gewährleisten, gehört ebenfalls die oben genannte Verschlüsselung der personenbezogenen Daten.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Zu den Doppelbuchstaben aa und bb

Folgeänderungen zu Doppelbuchstabe cc

Zu Doppelbuchstabe cc

Die Aufhebung der bisherigen Nummer 13, die dazu ermächtigt, auf Satzungsebene die Art und den Umfang der zur Erfüllung der Aufgaben der Versorgungswerke erforderlichen personenbezogenen Daten der Mitglieder und der sonstigen Leistungsberechtigten zu regeln, begründet sich mit der Anfügung eines Absatzes 8 in § 5b (siehe Änderungsbefehl unter Buchstabe b). Mit der Regelung in Absatz 8 wird in präzisierter Form und im Gesetz selbst die Verarbeitung personenbezogener Daten der Mitglieder der Versorgungswerke und der sonstigen Leistungsberechtigten festgelegt.

Zu Buchstabe b

Zu Absatz 8

Nach den Grundsätzen der Verordnung (EU) 2016/679 ist die Verarbeitung personenbezogener Daten grundsätzlich verboten, soweit sie nicht ausnahmsweise erlaubt ist. Demnach muss die Verarbeitung dieser Daten entweder auf einer ausdrücklichen Einwilligung oder einer gesetzlichen Grundlage beruhen. Dieser Grundsatz findet sich in den Artikeln 6 bis 9 der Verordnung (EU) 2016/679. Vor diesem Hintergrund soll für die Versorgungswerke die gesetzliche Regelung präzisiert werden. Eine Präzisierung ist nach Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2016/679 möglich. Die Verwaltungstätigkeit über individuelle Einwilligungserklärungen abzuwickeln, ist in einer Massenverwaltung eines Rententrägers nicht möglich. Für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben eines Versorgungswerks müssen teilweise Daten erhoben werden, die über die von der Kammer erhobenen Daten hinausgehen. Zu den Kernaufgaben berufsständischer Versorgungswerke gehört neben der Altersversorgung insbesondere auch die Sicherung der Mitglieder bei Berufsunfähigkeit. Im Rahmen entsprechender Berufsunfähigkeitsverfahren werden im notwendigen Umfang Gesundheitsdaten von Mitgliedern beziehungsweise Antragstellern verarbeitet. Vor allem mit Blick auf die besondere Schutzwürdigkeit von Gesundheitsdaten und die oben angesprochenen Grundsätze der Verordnung (EU) 2016/679 wird in § 5b ein Absatz 8 aufgenommen. Der Regelung nach Artikel 9 der Verordnung (EU) 2016/679 wird dabei Rechnung getragen. Die Regelung beruht auf der Ermächtigung in Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c und e in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 2 und 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 und hinsichtlich des § 5b Abs. 8 Satz 2 Nr. 8 (Gesundheitsdaten) auf Artikel 9 Abs. 2 Buchst. b der Verordnung (EU) 2016/679. Der in § 5b Abs. 8 Satz 2 Nr. 5 verwendete Begriff des bevollmächtigten Ansprechpartners bezieht sich zum Beispiel auf einen Betreuer oder einen Rechtsanwalt. Mit berufsbezogenen Tätigkeitsdaten in § 5b Abs. 8 Satz 2 Nr. 6 sind beispielsweise Angaben gemeint, bei welchem Arbeitgeber und in welchem Zeitraum ein Angestelltenverhältnis besteht beziehungsweise ob und wann ein Selbständigenverhältnis begründet wurde. Daraus resultieren dann unterschiedliche Beiträge.

Zu Absatz 9

Der Hinweis auf die Ehrenamtlichkeit der Tätigkeit in den Organen des Versorgungswerks der jeweiligen Kammer soll die steuerliche Bewertung der Aufwandsentschädigungen für die Tätigkeit der Kammermitglieder in diesen Organen erleichtern. Nach § 4 Nr. 26 Buchst. a des Umsatzsteuergesetzes (UStG) in der Fassung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386) in der jeweils geltenden Fassung ist eine ehrenamtliche Tätigkeit für eine juristische Person des öffentlichen Rechts steuerfrei. Die von der Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts in die Organe der Versorgungswerke entsandten Mitglieder werden im Auftrag der Kammer tätig. Zwar führt auch die Benennung der Ehrenamtlichkeit in einem Gesetz nicht zwangsläufig zu einer Umsatzsteuerbefreiung im Sinne des § 4 Nr. 26 UStG, insbesondere wenn die ehrenamtliche Tätigkeit in einem Umfang ausgeführt wird, bei dem die Annahme einer beruflichen Ausübung nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Durch eine Verankerung der Ehrenamtlichkeit im Thüringer Heilberufegesetz können jedoch grundsätzlich Schwierigkeiten bei der Frage vermieden werden, ob für die oft geringen Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder in den Organen des Versorgungswerks Umsatzsteuer abzuführen

ren ist. Eine Regelung der Ehrenamtlichkeit auf Satzungsebene ist nach dem 31. Dezember 2019 nicht mehr ausreichend (vergleiche Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 8. Juni 2017, Gz. III C 3-S 7185/09/10001-06, DOK 2017/0499632, betreffend die Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 UStG für ehrenamtliche Tätigkeiten unter Bezugnahme auf das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 17. Dezember 2015, Az. V R 45/14, und Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 3. Dezember 2018, Gz. III C 3-S 7185/09/10001-07, DOK 2018/0987318, betreffend die Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 UStG für Gremienmitglieder in Versorgungswerken).

Zu Nummer 4

Die Ergänzung im neuen § 5 d lässt die elektronische Veröffentlichung von Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen der Kammern und deren Versorgungswerken zu und ermöglicht es den Kammern und deren Versorgungswerken, alternativ zu kostenintensiven Veröffentlichungen im jeweiligen Mitteilungsblatt, künftig insbesondere umfangreiche Satzungen im Internet bekannt zu machen. Teilweise haben die Versorgungswerke durch Satzung bestimmt, dass die amtlichen Veröffentlichungen des Versorgungswerks im amtlichen Mitteilungsblatt der Kammer und im Thüringer Staatsanzeiger erfolgen. Dem wird durch § 5 d Satz 1 Nr. 1 und Satz 4 Rechnung getragen. § 5 d Satz 5 ermöglicht es, dass Satzungen und andere amtliche Veröffentlichungen der Versorgungswerke nur auf der Internetseite des Versorgungswerks amtlich bekannt gemacht werden. § 5 d Satz 6 lehnt sich an § 25 Abs. 2 Satz 5 des Thüringer E-Government-Gesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212) in der jeweils geltenden Fassung an.

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Anpassung

Zu Buchstabe b

§ 6 Abs. 1, der die Zuständigkeiten der Landesapothekerkammer nach der Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO) regelt, wird an zwischenzeitlich erfolgte Änderungen dieser Verordnung angepasst und durch die Aufnahme von Verweisungen auf die einschlägigen Bestimmungen der Apothekenbetriebsordnung gestrafft. Die Regelungen über die Dienstbereitschaft der Apotheken und Rezeptsammelstellen sind abschließend in §§ 23 und 24 ApBetrO aufgeführt. Die bisherigen redundanten Regelungen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 entfallen. Das in der bisherigen Regelung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 dort in Bezug genommene Ladenschlussgesetz wird durch das Thüringer Ladenöffnungsgesetz vom 24. November 2006 (GVBl. S. 541) in der jeweils geltenden Fassung verdrängt. Eine materielle Änderung ist mit der Neufassung des § 6 Abs. 1 nicht verbunden.

Zu Nummer 6

Der Hinweis im neuen § 13 Abs. 3 auf die Ehrenamtlichkeit der Tätigkeit in den Organen und Ausschüssen der jeweiligen Kammer soll die steuerliche Bewertung der Aufwandsentschädigungen für die Tätigkeit der Kammermitglieder in den Organen der Kammer (Kammerversammlung und Vorstand) sowie in den Ausschüssen der Kammer nach § 13 Abs. 2

Satz 1 Nr. 3 erleichtern. In diesem Zusammenhang gelten die Ausführungen unter Nummer 3 Buchst. b zu Absatz 9 entsprechend.

Zu Nummer 7

Zu § 17 a

Mit Absatz 1 wird der neuen Rechtslage im Bereich des Arzneimittelgesetzes (AMG), § 41a, Rechnung getragen, wonach in absehbarer Zeit, das heißt sechs Monate nach der Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Funktionsfähigkeit des EU-Portals und der EU-Datenbank nach Artikel 82 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1; L 311 vom 17.11.2016, S. 25) im Amtsblatt der Europäischen Union, an den Verfahren zur Bewertung eines Antrags auf Genehmigung einer klinischen Prüfung nur noch öffentlich-rechtliche Ethik-Kommissionen der Länder teilnehmen dürfen, die beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte registriert sind (vergleiche Artikel 2 Nr. 24 in Verbindung mit Artikel 13 Abs. 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 20. Dezember 2016, BGBl. I S. 3048).

Eine Pflicht zur Teilnahme an Genehmigungsverfahren klinischer Prüfungen besteht ab diesem Zeitpunkt gemäß der Übergangsbestimmungen des Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften dann nur noch in den in § 148 AMG (zukünftig) genannten Übergangszeiträumen, anschließend nicht mehr. Es ist daher notwendig klarzustellen, dass die betreffenden Aufgaben auch weiter von der Landesärztekammer wahrgenommen werden können (Absatz 1 Satz 3).

Mit Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 wird auf bestimmte weitere bundesrechtliche Vorschriften, die ebenfalls die Mitwirkung einer Ethik-Kommission auf Landesebene vorsehen, verwiesen. Nach § 31 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 2 und § 47 Abs. 2 Nr. 1 des ursprünglich im Wesentlichen am 26. Mai 2020 in Kraft tretenden Medizinprodukte-Durchführungsgesetzes (MPDG) darf mit einer klinischen Prüfung nach Artikel 62 Abs. 1 oder mit einer sonstigen klinischen Prüfung im Sinne des Artikels 82 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1; L 117 vom 3.5.2019, S. 9) in der jeweils geltenden Fassung erst begonnen werden, wenn die zuständige Ethik-Kommission des Landes eine zustimmende Stellungnahme abgegeben hat. Gleiches gilt für die Durchführung des Immunisierungsprogramms nach § 8 des Transfusionsgesetzes (TFG) sowie die Separation von hämatopoetischen Stammzellen nach § 9 TFG. Weiterhin bedarf es eines zustimmenden Votums der Ethik-Kommission bei bestimmten Forschungsvorhaben nach § 36 des Strahlenschutzgesetzes (StrlSchG). Für die Mitwirkung einer Ethik-Kommission bei Leistungsbewertungsprüfungen von In-vitro-Diagnostika ist bis einschließlich 25. Mai 2022 noch § 24 in Verbindung mit den §§ 20 bis 23b des Medizinproduktegesetzes (MPG) in der bis einschließlich 25. Mai 2021 geltenden Fassung weiter anzuwenden (vergleiche § 2 Abs. 1 Satz 2 MPDG und nachfolgende Ausführungen). Das Inkrafttreten des Medizinprodukte-Durchführungsgesetzes wurde durch Artikel 15 Abs. 2 Nr. 1 des Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 19. Mai

2020 (BGBl. I S. 1018) bis auf einige Ausnahmen um ein Jahr auf den 26. Mai 2021 verschoben. Gleichzeitig wurde mit Artikel 15 Abs. 2 Nr. 1 bestimmt, dass das Medizinproduktegesetz erst zu diesem Zeitpunkt außer Kraft tritt, so dass sich die Aufgaben der Ethik-Kommission nach dem Medizinprodukterecht bis einschließlich 25. Mai 2021 auch nach den bis zu diesem Zeitpunkt weitergeltenden §§ 20 bis 23b MPG bestimmen. Die Ethik-Kommission bei der Landesärztekammer und an der Friedrich-Schiller-Universität Jena nehmen über die Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes hinaus die einer Ethik-Kommission bundesrechtlich zugewiesenen Aufgaben nach dem Medizinprodukte- und Strahlenschutzrecht sowie Transfusionsgesetz bereits wahr. Die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 genannte Aufgabe, die Mitglieder der Landesärztekammer und der Landeszahnärztekammer in berufsethischen Fragen zu beraten, ist nicht neu (vergleiche die Regelungen im bisherigen § 17 a Abs. 3 und im bisherigen § 17 f Abs. 2).

Die Absätze 2 bis 6 des § 17a ordnen die bisherigen Regelungen der §§ 17a bis 17d neu und straffen diese.

Mit Absatz 2 wird in seinem Wortlaut der bisherige § 17 a Abs. 2 übernommen. Absatz 2 umschreibt den Zweck einer Ethik-Kommission. Diese dient dem Schutz der Patienten sowie der Probanden, dem Schutz der Forschenden und der Vertrauensbildung gegenüber der notwendigen medizinischen Forschung am Menschen.

Mit Absatz 3 wird der Wortlaut des bisherigen § 17 a Abs. 4 übernommen und die Formulierung präzisiert. Eine materielle Änderung ergibt sich daraus nicht. Die Verantwortlichkeit des Antragstellers, also der die Genehmigung für eine klinische Prüfung beantragenden Person, und der die klinische Prüfung durchführenden Ärzte bleibt unberührt.

Absatz 4 Satz 2 regelt für die Wahrnehmung der außerhalb des Absatzes 1 Satz 2 liegenden Aufgaben der Ethik-Kommission die Anzahl der Mitglieder der Ethik-Kommission sowie deren verschiedene Berufsabschlüsse. Absatz 4 Satz 1 stellt klar, dass bundesgesetzliche Bestimmungen zur Zusammensetzung der Ethik-Kommission dem Landesrecht vorgehen. Das Bundesrecht gibt nämlich in § 41a Abs. 3 AMG vor, unter welchen Voraussetzungen die Ethik-Kommissionen in den Ländern bei dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte registriert werden können. Danach gehören der Ethik-Kommission mindestens sieben Mitglieder an. Nach § 32 Abs. 2 MPDG ist eine Besetzung der Ethik-Kommission mit mindestens acht und nach § 36 Abs. 2 Satz 1 StrlSchG eine Besetzung mit mindestens fünf Mitgliedern vorgegeben. Ferner enthalten § 32 Abs. 2 MPDG und § 41a Abs. 3 Nr. 2 AMG sehr ähnliche Vorgaben für die verschiedenen Berufsabschlüsse der Mitglieder der Ethik-Kommission.

Soweit keine anderweitigen bundesrechtlichen Regelungen zur Zusammensetzung einer Ethik-Kommission getroffen sind, gelten nach § 17 a Abs. 4 Satz 2 und 3 die auch bisher bestehenden Vorgaben zur Qualifikation der Mitglieder der Kommission. Satz 4 greift die bisherige Regelung des § 17 e Abs. 1 Satz 2 auf, wonach Frauen und Männer etwa in gleicher Zahl vertreten sein sollen. Satz 5 ermöglicht die Berufung von Stellvertretern.

Die bisherigen Regelungen des § 17 c Abs. 3 bis 7 zum Vorsitz, zur Berufung der Mitglieder, zur Dauer der Mitgliedschaft, zum Hinzuziehen von Sachverständigen sowie zur Beteiligung der Landeszahnärztekammer werden künftig einer Regelung auf Satzungsebene überlassen.

In Absatz 5 werden die Mindestinhalte der Satzung normiert. Sie entsprechen in leicht verändertem Wortlaut den bisherigen Vorgaben des § 17 f Abs. 1. Durch die Regelung in Nummer 3 wird klargestellt, dass die konkrete Zusammensetzung der Ethik-Kommission für die Erfüllung der Aufgaben nach § 17 a Abs. 1 Satz 1 und 2 der Entscheidung der Landesärztekammer überlassen bleibt. Bundesgesetzliche Vorgaben für die Inhalte der Satzung oder Geschäftsordnung einer Ethik-Kommission enthalten § 32 Abs. 4 MPDG und § 41a Abs. 3 Nr. 4 AMG.

Der bisherige § 17 f Abs. 2, der als Kann-Regelung bestimmte Aufgabenbereiche der Ethik-Kommission benennt, die in der Satzung definiert werden können, wird mit Blick auf die allgemeine Formulierung der Aufgaben der Ethik-Kommission in § 17 a Abs. 1 nicht mehr für erforderlich gehalten.

Mit Absatz 6 wird im Wortlaut die Aussage des bisherigen § 17 f Abs. 3 übernommen, wonach die Satzung der Ethik-Kommission der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde, also das für das Gesundheitswesen zuständige Ministerium, bedarf.

Zu § 17b

Inhaltlich werden die Regelungen des bisherigen § 17 g übernommen. Dabei werden die Regelungen in den Absätzen 1 und 2 an den neu gefassten § 17 a angepasst.

Absatz 1 bestimmt, für welche Aufgaben die Friedrich-Schiller-Universität Jena eine eigene Ethik-Kommission errichten kann.

Absatz 2 verweist für den Zweck, die Verantwortlichkeiten, die Zusammensetzung, die Errichtung und Arbeit der Ethik-Kommission der Friedrich-Schiller-Universität sowie die Genehmigungspflicht der Satzung auf die Bestimmungen für die Landesärztekammer in § 17 a Abs. 2 bis 6.

Absatz 3 verweist auf die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden.

Zu Nummer 8

Folgeänderung zu Nummer 7

An die Stelle des wegfallenden bisherigen § 17 d tritt eine Satzungsregelung nach § 17 a Abs. 5 Nr. 4. Über eine Regelung im Sinne des bisherigen § 17 e entscheidet künftig insgesamt die Satzung.

Zu Nummer 9

Folgeänderung zu Nummer 8

Zu Nummer 10

Folgeänderung zu Nummer 2

Zu Nummer 11

Infolge verschiedener Änderungen ist die Inhaltsübersicht entsprechend anzupassen.

Zu Artikel 2

Mit Artikel 2 wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen am Tag nach der Verkündung des Änderungsgesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt bestimmt.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Landesärztekammer Thüringen
Landesapothekerkammer Thüringen
Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen
Landestierärztekammer Thüringen
Landeszahnärztekammer Thüringen
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer
Sächsische Landesapothekerkammer
Universitätsklinikum Jena, Ethikkommission
Versorgungswerk der Landestierärztekammer Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG:

In der Beteiligtentransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Landesärztekammer Thüringen und Ärzteversorgung Thüringen	Adresse gem. Zi. 2: Postfach 100740, 07707 Jena	Tätigkeit gem. Zi. 3: Vertretung der Ärzte; Überwachung der Erfüllung der Berufspflichten der Kammerangehörigen u.a.
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: Ermöglichung der Datenübermittlung zwischen allen Kammern und deren Versorgungswerken in § 5 a und § 15 Abs. 3 ThürHeilBG, Ermöglichung der Aufstockung der Mitglieder der Ethik-Kommission („mindestens“) in § 17 a Abs. 4 ThürHeilBG.		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: + wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTG bearbeitet.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie
Referat 47
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

Datum: 31.08.2020

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes
Anhörung der Verbände

Sehr geehrte

Herr Schulz hat uns den Entwurf zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes einschließlich der Begründungen mit der Möglichkeit der Stellungnahme übersandt. Wir möchten für die Landesärztekammer Thüringen und die Ärzteversorgung Thüringen folgende gemeinsame Stellungnahme in Anwendung der Gliederung der Gesetzesnovelle abgeben:

Artikel 1

Zu Ziffer 1

Der Ergänzung des § 2 Absatz 1 ThürHeilBG um die Definition der Berufsausübung stimmen wir zu.

Zu Ziffer 2

Der Ergänzung des § 5a ThürHeilBG um einen neuen Absatz 3 als Rechtsgrundlage zum Datenaustausch zwischen den heilberuflichen Kammern und deren Versorgungswerken stimmen wir zu.

Wir bitten Sie jedoch, die Datenübermittlung zwischen allen Kammern der Heilberufe und allen heilberuflichen Versorgungswerken gesetzlich zu ermöglichen, da die Landesärztekammer Thüringen bzw. die Ärzteversorgung Thüringen auch ärztliche Mitglieder hat, die ebenso mit der Zahnärztekammer Thüringen bzw. dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer (z. B. die Fachärzte für Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie) mitgliedschaftlich verbunden sind. In solchen Fällen kann eine kammer- und versorgungswerksübergreifende Datenübermittlung erforderlich sein.

Zu Ziffer 3 a)

Den Änderungen stimmen wir zu.

Zu Ziffer 3 b)

Wir stimmen der Anfügung von § 5b Absatz 8 Ziffern 1 bis 7 ThürHeilBG zu.

Kontakt
Im Semmicht 33 | 07751 Jena
Tel.: 03641 614 - 0
Fax: 03641 614 - 169
Mail: post@laek-thueringen.de
Web: www.laek-thueringen.de

Datenschutz
Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage www.laek-thueringen.de/datenschutz. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Zu § 5b Absatz 8 Ziffer 8 ThürHeilBG schlagen wir Ihnen folgende unterstrichene Ergänzung im Wortlaut vor:
„Gesundheitsdaten, soweit diese im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft, zur Prüfung eines Anspruchs auf Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente oder eines Zuschusses zu Rehabilitationsmaßnahmen erforderlich sind,“

Nach der Satzung der Ärzteversorgung Thüringen werden Pflichtmitglieder der Landesärztekammer Thüringen dann nicht als Pflichtmitglieder in die Ärzteversorgung Thüringen aufgenommen, wenn sie berufsunfähig sind. In diesen Fällen muss es für das Versorgungswerk zulässig sein, Gesundheitsdaten auch im Zusammenhang mit einer Mitgliedschaft im heilberuflichen Versorgungswerk datenschutzkonform zu verarbeiten.

Wir stimmen der Anfügung von § 5b Absatz 8 Ziffern 9 und 10 ThürHeilBG zu.

Zu dem anzufügenden § 5b Absatz 8 Ziffer 11 ThürHeilBG schlagen wir Ihnen folgenden geänderten Wortlaut vor: *„Daten zu Zwangsvollstreckungen“*

Der Wortlaut *„Pfändungsdaten bei Leistungsbezug“* umfasst unseres Erachtens nicht alle mit dieser Formulierung ins Auge gefassten Sachverhalte. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gehen dem Versorgungswerk nicht erst in der Phase des Leistungsbezugs des Mitglieds, sondern oft auch zeitlich vorgelagert zu. Zudem werden gegen Mitglieder der berufsständischen Versorgungswerke nicht nur Pfändungen in deren Rentenleistungen oder Rentenanwartschaften durchgeführt, sondern Mitglieder der Versorgungswerke befinden sich im Einzelfall auch in Insolvenzverfahren, so dass der juristische Oberbegriff der Zwangsvollstreckung hier für uns sachgerecht erscheint.

Wir stimmen der Anfügung von § 5b Absatz 8 Ziffer 12 ThürHeilBG zu.

Zu Ziffer 3 c)

Der Anfügung von § 5b Absatz 9 ThürHeilBG stimmen wir zu. Um eine Flexibilität bei der zukünftigen Errichtung weiterer ehrenamtlicher Gremien in den Versorgungswerken zu gewährleisten, schlagen wir jedoch vor, die Regelung wie folgt zu erweitern:

„Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen und sonstigen Gremien der Versorgungswerke ist ehrenamtlich.“

Zu Ziffer 4

Die ergänzende Regelung in § 13 ThürHeilBG, in der die Ehrenamtlichkeit normiert werden soll, wird von uns vom Grunde her begrüßt, da eine Regelung hierzu auch von der Landesärztekammer Thüringen gefordert wurde. Die Formulierung betrifft allerdings lediglich die Organe und Ausschüsse der Landesärztekammer. Die Landesärztekammer verfügt jedoch über weitere Gremien, die – anders als dies z.B. bei der Ethik-Kommission oder Lebendspende-Kommission der Fall ist – nicht gesondert geregelt sind und bei denen die ehrenamtliche Mitarbeit dann nirgendwo normiert wäre. Man denke hier an die Beratungskommission Sucht, die IVF-Kommission oder auch die vielen Projektgruppen der Landesärztekammer. Kommissionen als solche sollten jedoch nicht namentlich mit aufgezählt werden, da dieser Begriff im ThürHeilBG nur im Zusammenhang mit der Ethik-Kommission und der Lebendspende-Kommission gebraucht wird und daher unter Umständen zu Verwirrungen führt. Es wird daher folgende Formulierungsalternative vorgeschlagen:

„Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen, Ausschüssen und sonstigen Gremien der Kammern ist ehrenamtlich.“

Kontakt

Im Semmicht 33 | 07751 Jena
Tel.: 03641 614 – 0
Fax: 03641 614 - 169
Mail: post@laek-thueringen.de
Web: www.laek-thueringen.de

Datenschutz

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage www.laek-thueringen.de/datenschutz. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Zu Ziffer 5

Auch die Ergänzung des § 15 ThürHeilBG um einen neuen Absatz 3 zur Regelung der amtlichen Bekanntmachung über Internet stimmen wir zu.

Damit auch die Versorgungswerke von der zusätzlichen Form der Bekanntmachung profitieren können, schlagen wir vor § 15 Absatz 3 ThürHeilBG wie folgt zu ergänzen: „*Die Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen der Kammern und deren Versorgungswerke sind...*“

Unseres Erachtens ist es sachgerecht, dass die Bekanntmachungen der Kammern und deren Versorgungswerken im Internet möglich sein müssen.

Zu Ziffer 6

In § 17a Abs. 4 ThürHeilBG wird die Zusammensetzung der Ethik-Kommission geregelt. Hier sollte nach den Worten „*die Ethik-Kommission besteht*“ das Wort „*mindestens*“ eingefügt werden. Dies lässt die Möglichkeit offen, die Struktur der Ethik-Kommission für die Aufgaben nach Abs. 1 beibehalten zu können.

Außerdem ist nicht nachvollziehbar, warum der Jurist sowie der Geistes- oder Sozialwissenschaftler Kenntnisse in naturwissenschaftlichen oder medizinischen Fachgebieten besitzen sollen. Für die medizinische Expertise sind die Ärzte in der Kommission. Aus diesem Grund sollte der Wortlaut: „*sollen Kenntnisse in naturwissenschaftlichen oder medizinischen Fachgebieten besitzen*“ in § 17a Abs. 4 Satz 3 ThürHeilBG gestrichen werden.

Die Landesärztekammer Thüringen würde es sehr befürworten, wenn in § 17a Abs. 4 Satz 5 ThürHeilBG die Worte „*eine mindestens zehnjährige*“ gestrichen wird. Diese Regelung erschwert die Suche nach Kommissionsmitgliedern erheblich und wird von keiner gesetzlichen Regelung gefordert.

Außerdem sollte in § 17a Abs. 4 ThürHeilBG ein Satz 7 mit folgendem Inhalt eingefügt werden: „*Es können Stellvertreter berufen werden.*“ Dies ist notwendig, um die Beschlussfähigkeit der Ethik-Kommission zu gewährleisten.

In § 17a Abs. 5 ThürHeilBG werden die Regelungsinhalte der Satzung der Ethik-Kommission festgelegt. Ziffer 5 enthält die Worte „*das Verfahren*“. Daraus geht nicht klar hervor, welches Verfahren gemeint ist. Im bisherigen Gesetzestext waren in § 17f Abs. 1 ThürHeilBG die in der Satzung zu regelnden Verfahren konkret benannt, so z.B. das „*Verfahren zur Berufung der Mitglieder*“. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass in der Satzung der Ethik-Kommission der Landesärztekammer Thüringen derzeit sowohl das Berufungsverfahren als auch die Arbeitsweise der Ethik-Kommission geregelt ist. Insofern sollte im ThürHeilBG eine entsprechende Klarstellung erfolgen.

Zu Ziffer 7

Mit der Regelung in § 17b Abs. 1 ThürHeilBG werden die Zuständigkeiten der Ethik-Kommission an der Friedrich-Schiller-Universität Jena wesentlich erweitert, ohne eine klare Aufgabenabgrenzung zwischen der Ethik-Kommission der Kammer und der Ethik-Kommission der Universität vorzunehmen. § 17a Abs. 1 Satz 2 ThürHeilBG bezieht sich auf Forschungsvorhaben nach AMG, MPG, Medizinprodukte-Durchführungsgesetz, Transfusionsgesetz und Strahlenschutzgesetz. Mit der vorgesehenen Formulierung ist nicht klar geregelt, bei welcher Ethik-Kommission Anträge zur Prüfung von Forschungsvorhaben nach MPG, Medizinprodukte-Durchführungsverordnung, Transfusions- und Strahlenschutzgesetz eingereicht werden müssen. Die bisherigen Zuständigkeiten richteten sich in allen Gesetzesgrundlagen nach dem Sitz des verantwortlichen Arztes des Forschungsvorhabens. Dies wird mit Inkrafttreten der EU-Verordnung Nr. 536/2014 sowie des Artikels 2 des

Kontakt

Im Semmicht 33 | 07751 Jena
Tel.: 03641 614 - 0
Fax: 03641 614 - 169
Mail: post@laek-thueringen.de
Web: www.laek-thueringen.de

Datenschutz

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage www.laek-thueringen.de/datenschutz. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 20. Dezember 2016 für Arzneimittelstudien geändert. Im zweiten Teilsatz sollte daher eine explizite Beschränkung auf das AMG erfolgen. Wir würden insoweit folgende Formulierung vorschlagen: „Die Friedrich-Schiller-Universität Jena kann zur Prüfung eigener Forschungsvorhaben sowie zur Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 40 bis 42a des Arzneimittelgesetzes eine eigene, unabhängige Ethik-Kommission errichten.“

Damit ist die Prüfung von Forschungsvorhaben der Universität und ihrer Mitarbeiter sowie die Aufgabenwahrnehmung gemäß Verordnung (EU) Nr. 536/2014 und Artikel 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 20. Dezember 2016 gewährleistet.

Die Mitglieder der Ethik-Kommission und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Landesärztekammer Thüringen sind über die Haftpflichtversicherung der Landesärztekammer Thüringen in einer Höhe von 5 Mio. Euro versichert. In der Vergangenheit war vorgesehen, dass der Freistaat Thüringen über die durch die Kammer versicherten 5 Mio. Euro hinaus in die Haftung eintritt. Bisher gibt es hierzu allerdings keine gesetzliche Regelung. Wir würden daher anregen, diesen Aspekt im Rahmen der aktuell geplanten Änderung des ThürHeilBG Rechnung zu tragen. Nach unserer Kenntnis existiert in anderen Heilberufe- und Kammergesetzen z.T. bereits eine solche Regelung (z.B. im Freistaat Sachsen).

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

Bankverbindung

Deutsche Apotheker- und Ärztebank
IBAN: DE 40 3006 0601 0003 1014 01
BIC: DAAEED33XXX

Kontakt

Im Semmicht 33 | 07751 Jena
Tel.: 03641 614 - 0
Fax: 03641 614 - 169
Mail: post@laek-thueringen.de
Web: www.laek-thueringen.de

Datenschutz

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage www.laek-thueringen.de/datenschutz. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG:

In der Beteiligientransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Landesapothekerkammer Thüringen	Adresse gem. Zi. 2: Thälmannstr. 6, 99085 Erfurt	Tätigkeit gem. Zi. 3: Vertretung der Apotheker, Überwachung der Erfüllung der Aufgaben der Kammermitglieder
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: -		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: <input checked="" type="checkbox"/> wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

Thüringer Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Eingang Reg.-Nr. 73079

07. AUG. 2020

Min	StS	LMB	M 1	M 2	M 3
1	2	3	4	5	

LAKT

Landesapothekerkammer
Thüringen

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Landesapothekerkammer Thüringen | Thälmannstraße 6 | 99085 Erfurt

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen
und Familie

Postfach 90 03 54
99106 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:

Telefon (Durchwahl):

E-Mail:

info@lakt.de

5. August 2020

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)

Anhörung der Verbände

Ihr Schreiben vom 28. Juli 2020

Ihr Zeichen: 47-0015/60-8-67669/2020

TMASGFF-Abteilung

07. Aug. 2020

4 41 42 43 44
45 46 47 48

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Übersendung des Entwurfs zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes. Wir nehmen wie folgt Stellung:

Zu Artikel 1 Nr. 1 §2 Absatz 1

Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben, mit dieser Regelung eine weit gefasste Legaldefinition der Berufsausübung in das Thüringer Heilberufegesetz aufzunehmen. Die gewählte Formulierung unterstützt den kammerrechtlichen Begriff der Berufsausübung, welcher bisher lediglich in den einzelnen Berufsordnungen niedergelegt ist.

Zu Artikel Nr. 2 bis 4 § 5 a ff

Wir begrüßen zudem das Vorhaben eine elektronische Datenübermittlung zwischen den Kammern und deren Versorgungswerken durch die Schaffung einer ausdrücklichen Rechtsgrundlage und Anforderungen zu ermöglichen.

Auch die Klarstellung, dass es sich bei der Tätigkeit der Mitglieder in den Organen und Ausschüssen um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt, entspricht unserer Auffassung.

Zu Artikel 1 Nr. 5 § 15 Absatz 3

Mit der Einführung des § 15 Absatz 3 soll nach der Begründung zu dieser Regelung eine elektronische Alternative zu Bekanntmachungen von Satzungen und amtlichen Bekanntmachungen im Hinblick zur kostenintensiven Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Kammern eröffnet werden. Dieses Ansinnen begrüßen wir ausdrücklich, bitten jedoch folgende Ergänzung aufzunehmen:

In § 15 Absatz 3 Nr. 2 des Entwurfs ist vorgesehen, dass die auf der Internetseite bereitgestellten Satzungen und andere amtliche Bekanntmachungen auf der Internetseite dauerhaft bereitgestellt und frei zugänglich sein müssen.

Wir bitten zu dem Erfordernis „frei zugänglich“ zu berücksichtigen, dass die amtlichen Bekanntmachungen und Satzungen durch die Veröffentlichungen in den Mitteilungsblättern der Kammern allein den

Kammermitgliedern, also der Berufsöffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In Analogie dazu bitten wir deshalb darum die Formulierung wie folgt zu ergänzen:

„Die auf der Internetseite bereitgestellten Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen sind dort dauerhaft bereitzustellen und müssen für die Berufsöffentlichkeit frei zugänglich sein.“

Im Übrigen bestehen gegen die weiteren Änderungsvorhaben keine Einwände.

Wir möchten jedoch darauf aufmerksam machen, dass uns am 17. Juni 2020 der Entwurf für das Fünfte Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetz -Drucksache 7/721- des Thüringer Landtags zur Stellungnahme vorgelegt wurde.

Wir haben bereits in dieser Stellungnahme eindringlich auf das Erfordernis hingewiesen, das Thüringer Heilberufegesetz einer grundlegenden Überarbeitung zuzuführen, welche insbesondere unter Einbeziehung der hiervon betroffenen Heilberufskammern erfolgen müsste.

Wir können nicht nachvollziehen, dass nunmehr wiederum lediglich einzelne Regelungen angepasst werden, während im Thüringer Heilberufegesetz nach wie vor auf ein Gesetzeswerk, wie das Ladenschlussgesetz verwiesen wird, welches seit 2006 durch das Thüringer Ladenöffnungsgesetz abgelöst wurde und auch andere Novellierungen, wie die der Apothekenbetriebsordnung im Jahr 2012, auch in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf keine Berücksichtigung finden. Auch die Ihnen gegenüber mehrfach zugesandten Vorschläge zu Änderungen des Thüringer Heilberufegesetzes bleiben wiederum unberücksichtigt.

Zwar wird auch das Sechste Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes eingangs mit der Anpassung an EU-Vorgaben begründet, demgegenüber wird dieses Änderungsgesetz aber auch dafür verwendet, um z.B. die Ehrenamtlichkeit oder die Definition der Berufsausübung zu regeln. Insofern erscheint es uns sinnvoller, wie bereits vorgeschlagen, eine mit den Kammern konzertierte Novellierung des Thüringer Heilberufegesetzes zu initiieren, anstelle mehrere nebeneinander herlaufende und unabgestimmte Gesetzesinitiativen unterschiedlicher Institutionen auf den Weg zu bringen.

Wir bitten insofern die anliegende Stellungnahme zum Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes zu diesem Gesetzentwurf zu berücksichtigen. Vielen Dank.

A
L
E
C





Landesapothekerkammer
Thüringen

Landesapothekerkammer Thüringen | Thälmannstraße 6 | 99085 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:
Telefon (Durchwahl):
E-Mail:

info@lakt.de
1. Juli 2020

Vorab per E-Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

**Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
-Drucksache 7/721-
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die von Ihnen eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme.
Wir begrüßen grundsätzlich das Ansinnen, das Thüringer Heilberufegesetz der EU-Richtlinie 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 anzupassen.

Wir bitten zu dem aktuell vorliegenden Gesetzentwurf folgende Überlegungen zu berücksichtigen:

Mit der Einführung des neuen § 5 c in das Thüringer Heilberufegesetz wird das Erfordernis der Prüfung der Verhältnismäßigkeit mit einer eigenen Regelung der Bedeutung der Verhältnismäßigkeitsprüfung Rechnung getragen. Es ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, dass durch die Kammern vor der Einführung oder Änderung von Ordnungen und Satzungen eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen vorzunehmen ist.

Unklar ist indes die Regelung des § 5 c Absatz 2 des Gesetzentwurfs. Satz 1 legt fest, dass die Kammern der Aufsichtsbehörde das Ergebnis der Prüfung der Verhältnismäßigkeit mit den Erläuterungen und Gründen nach Artikel 4 Absätze 3 und 4 der Richtlinie (EU) 2018/958 spätestens mit der Einreichung der Satzung an die Aufsichtsbehörde zur Genehmigung nach § 15 Absatz 2 vorzulegen haben. Diese Regelung wird auf Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie (EU) 2018/958 gestützt und ist nachvollziehbar. Bedenken ergeben sich gegen die Regelung in Satz 2, die ohne weitere Verfahrenshinweise konstatiert, dass die Aufsichtsbehörde die Genehmigung nicht erteilt, wenn sie das Prüfergebnis der Kammer nicht bestätigen kann. Hier fehlt die Klarstellung, dass diese Prüfung im Ergebnis nicht einer Fachaufsicht über die Kammern gleichkommt, die dem Artikel 4 Absatz 4 Richtlinie (EU) 2018/958 nicht entnommen werden kann. Hier wird lediglich vorgegeben, dass Sorge dafür zu tragen ist, dass die Prüfung durch die Kammern unabhängig und objektiv durchgeführt wird. Eine Prüfung der Entscheidungen der Kammern kann also auch nur den Inhalt haben, ob die neu geplanten Regelung objektiv und unabhängig getroffen wurde. Eine inhaltlich-fachliche Prüfung durch die Behörde würde der Forderung nach einer unabhängigen Prüfung sogar zuwiderlaufen. Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit wird jedoch allein durch die satzungsgebenden Gremien, also von der Kammerversammlung durchgeführt. Eine inhaltliche Prüfung kann und soll hingegen eine Aufsichtsbehörde nicht leisten, dies würde dem Wesen der Heilberufskammern als Selbstverwaltungskörperschaft die Grundlage entziehen.

Wir regen daher an, die Überwachungsfunktion der Aufsichtsbehörde dahingehend zu formulieren und konkretisieren, dass die Genehmigung nur dann nicht erteilt werden kann, wenn keine oder keine ausreichend unabhängige und objektive Verhältnismäßigkeitsprüfung im Sinne der EU-Richtlinienvorgaben vorgenommen wurde. Ungeachtet dessen bleibt unklar, wie im Fall einer nicht erteilten Genehmigung aufgrund eines anderen Prüfergebnisses weiter zu verfahren wäre. Einzuhaltende Fristen, Folgen und mögliche Rechtsmittel sollten aus Gründen der Klarstellung ebenfalls benannt werden.

Unklar ist zudem die Regelung in § 5 c Absatz 2 Satz 3 des Gesetzentwurfs. Hier wird festgelegt, dass in den Fällen, in denen keine Genehmigungspflicht besteht, die Kammern die Unterlagen nach Satz 1 spätestens drei Wochen vor Beschlussfassung durch die Kammer der Aufsichtsbehörde zur Nachprüfung vorzulegen seien. Auch hier sind der genaue Ablauf und der Zweck der behördlichen Prüfung nicht konkret geklärt. Auch hier muss sichergestellt sein, dass sich die behördliche Prüfung allein auf die Durchführung der Verhältnismäßigkeitsprüfung beziehen kann, also allein die Objektivität und die Unabhängigkeit der Verhältnismäßigkeitsprüfung Gegenstand der behördlichen Prüfung sind. Darüber hinaus ist auch an dieser Stelle zu konkretisieren, welchen Zweck und welche Folgen die behördlichen Prüfungen haben, die Einführung einer Genehmigungspflicht für nicht genehmigungspflichtige Satzungen kann aus naheliegenden Gründen ja nicht das Ziel sein.

Es wird daher angeregt, das weitere Verfahren unter Nennung einer Frist zur Äußerung der Aufsichtsbehörde bzw. eine Klarstellung aufzunehmen, dass der Beschluss nicht auf unbestimmte Zeit der schwebenden Unwirksamkeit unterliegt, wenn sich die Behörde im Verfahren nicht äußert. Auch möchten wir darauf hinweisen dass insbesondere mit der Vorlagepflicht drei Wochen im Voraus außer Acht gelassen wird, dass der endgültigen Beschlussfassung eine Diskussion der Entscheidungsgremien vorausgeht und die Begründung der Verhältnismäßigkeit ggf. noch erweitert oder konkretisiert werden muss, bevor es zu einem abschließenden Beschluss kommt. Es ist auch nicht ersichtlich, ob und innerhalb welcher Frist sich die Aufsichtsbehörde zu den eingereichten Unterlagen äußern wird.

Weiterer Änderungsbedarf

Im Weiteren möchten wir die Gelegenheit nutzen, um erneut auf das Änderungsbedürfnis einzelner Regelungen des Thüringer Heilberufegesetzes hinzuweisen. Die Landesapothekerkammer Thüringen hatte zuletzt mit Schreiben vom 2. November 2016 an den Thüringer Landtag Anregungen zu Änderungen des Thüringer Heilberufegesetzes überreicht, mit der Bitte diese im Rahmen einer Novellierung des Thüringer Heilberufegesetzes zu berücksichtigen. Da nun mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes die Anpassung an EU-Recht vorgenommen wird, möchten wir darum bitten zu prüfen, ob die nachfolgenden Anregungen bereits im Zuge dieser Gesetzesänderung Eingang finden können.

Die Notwendigkeit einer weitergehenden Überarbeitung des Thüringer Heilberufegesetzes wird insbesondere dadurch deutlich, dass hier beispielsweise noch von dem Ladenschlussgesetz die Rede ist, obwohl dieses im Jahr 2006 durch das Thüringer Ladenöffnungsgesetz abgelöst wurde und auch die Novellierung der Apothekenbetriebsordnung aus dem Jahr 2012 redaktionell bisher keine Berücksichtigung gefunden hat. Vor diesem Hintergrund bitten wir zu prüfen, inwieweit eine grundsätzliche Überarbeitung des Heilberufegesetzes in Abstimmung mit allen Heilberufekammern sinnvoll und geboten wäre.



Im Einzelnen regen wir dessen ungeachtet folgende Änderungen an:

1. Anpassung des § 6 Absatz 1 an aktuellen Wortlaut der Apothekenbetriebsordnung

In § 6 Absatz 1 Nr. 1 und 2 ThürHeilBG findet sich noch der Wortlaut der im Jahr 2012 novellierten Fassung der Apothekenbetriebsordnung. So sollte § 6 Absatz 1 Nr. 2 ThürHeilBG nicht auf § 4 des Ladenschlussgesetzes verweisen, da dieses in Thüringen durch das Ladenöffnungsgesetz verdrängt wird. Im Weiteren sollte der Verweis in § 6 Absatz 1 Nr. 3 ThürHeilBG nicht auf § 23 Absatz 4 Apothekenbetriebsordnung, sondern auf § 23 Absatz 3 verweisen.

2. Anpassung des § 5 Absatz 1 Nr. 7 an aktuelle Verweisung im SGB V

In § 5 Absatz 1 Nr. 7 der aktuellen Fassung des Thüringer Heilberufegesetzes wird im Zusammenhang mit der Zuständigkeit der Kammern für die Ausstellung von Heilberufsausweisen auf § 291 a Absatz 5 a Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch verwiesen. Hierbei handelt es sich um eine durch zwischenzeitliche Änderungen des SGB V veraltete Verweisung. Zutreffend müsste auf die Zuständigkeitszuweisung aus § 291 a Absatz 5 f) SGB V verwiesen werden. Schließlich betrifft § 291 a Absatz 5 a SGB V lediglich die Zugriffsberechtigung auf die elektronische Gesundheitskarte durch Ärzte und deren Gehilfen und nicht (mehr) die Zuständigkeit der Kammern für die Ausgabe der Heilberufe, welche mit § 5 Absatz 7 ThürHeilBG geregelt werden sollte.

Klarstellend sollte in diesem Zusammenhang auch die zuständige Stelle nach § 291 a Absatz 5 f Nr. 2 SGB V für die Prüfung der Berufsausübungsberechtigung, also die zuständige Stelle für die Erteilung und Rücknahme von Approbationen in das Thüringer Heilberufegesetz aufgenommen werden. Im Weiteren regen wir an, die Zuständigkeit für die Ausgabe der Institutionskarten ebenfalls ausdrücklich zu regeln. Diese Zuständigkeit wird bisher lediglich als Annexzuständigkeit von den Kammern wahrgenommen, obwohl hier auch die Auffassung vertreten werden kann, dass zumindest für die Apothekerschaft die sachnähere Behörde nicht die Kammer, sondern die Behörde, die für die Erteilung und die Entziehung der Betriebslaubnis zuständig ist. Zumindest wäre eine ausdrückliche Zuständigkeitszuweisung aus Gründen der Rechtsklarheit mehr als wünschenswert.

3. Klarstellung zur Befugnis der Erteilung von Fortbildungszertifikaten durch die Kammern

Dieses Klarstellungsbedürfnis resultierte seinerzeit aufgrund des am 19.07.2012 ergangenen Urteils des Obergerverwaltungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt, welches feststellte, dass die Zahnärztekammer in Sachsen-Anhalt mangels einer ausreichenden Rechtsgrundlage im Heilberufegesetz nicht berechtigt gewesen sei, Fortbildungszertifikate auszustellen. Da eine solche ausdrückliche Regelung auch in Thüringen bislang fehlte, baten wir um Prüfung der Erforderlichkeit der Schaffung einer Rechtsgrundlage sowie ggf. Einführung einer klarstellenden Regelung.

4. Anzeigepflicht der Kammerangehörigen beim zuständigen Gesundheitsamt

Ein weiterer Punkt betrifft die Regelung des § 2 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz. Nach dieser Regelung haben sich alle Apotheker nach Aufnahme der beruflichen Tätigkeit unter Vorlage ihrer Berechtigungsnachweise bei dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden.

Wir hatten bereits mehrfach gegenüber unserer Aufsichtsbehörde angeregt, diese Regelung dem tatsächlich intendierten Regelungszweck und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Wir sind der Auffassung, dass die Thüringer Gesundheitsämter selbstverständlich zur ihrer Aufgabenwahrnehmung zuverlässige Informationen über die ortsansässigen Apotheken benötigen. Auf unsere Anfragen bei den Gesundheitsämtern erhielten wir die Auskunft, dass für die An- und Abmeldung nicht selbständiger Apotheker, insbesondere derjenigen, die in der Industrie, Verwaltung oder Wissenschaft tätig sind, keine objektive Notwendigkeit oder Verwendung dieser Daten bestünde. Wir regten deshalb an, den Wortlaut des § 2 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz sowie des § 7 der Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der

Gesundheitsämter (GesDV) dahingehend abzuändern, dass lediglich die Apothekeninhaber verpflichtet werden, die Aufnahme der beruflichen Tätigkeit, den Sitz der Niederlassung sowie die Beendigung und jeden Niederlassungswechsel gegenüber dem Gesundheitsamt anzuzeigen.

5. Zusammenarbeit zwischen Kammern und Behörden nach § 9 Thüringer Heilberufegesetz durch umfassende Informations- und Datenübermittlung zur Erfüllung der Kammeraufgaben

Eine weitere Anregung betrifft die Schaffung einer Klarstellung zur Zusammenarbeit mit den Thüringer Behörden durch umfassende Informations- und Datenübermittlung. Zum Aufgabenbereich der Kammer gehört gem. § 5 des Thüringer Heilberufegesetz auch die Überwachung der Berufsausübung der Apotheker und die Herausgabe der Heilberufsausweise und deren Überwachung. Berufsspezifische Gesetzes- und Verordnungsverstöße, die durch die Behörde, das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz, festgestellt werden, führen durch die in der Berufsordnung verankerte Verpflichtung der Thüringer Apotheker, Gesetze und Verordnungen zu beachten, stets zum Erfordernis, einen berufsrechtlichen Überhang zu prüfen, um damit den gesetzlichen Auftrag der Berufsaufsicht erfüllen zu können. Die Landesapothekerkammer Thüringen ist damit zwingend darauf angewiesen, über den Kenntnis- und Verfahrensstand der Behörde informiert zu werden.

Die Ausgabe der Heilberufsweise erfordert die Prüfung und Überwachung der Berufsausübungsberechtigung der Kammerangehörigen. Hier bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber ob und welche Informationen an die Kammer seitens der Behörde von sich aus übermittelt werden müssen bzw. dürfen. Ein darauf begründetes Informationsdefizit erschwert eine effektive Wahrnehmung der Berufsaufsicht unsererseits. Wir bitten daher um eine klarstellende Regelung, die eine umfassende Informations- und Datenübermittlung sicherstellt, die auch die Übersendung vollständiger Akten umfasst.

6. Befugnis zur Beseitigung festgestellter Verstöße durch die Kammer

Im Weiteren regten wir an, eine Regelung zu schaffen, die die Kammer in die Lage versetzt, belastende Verwaltungsakte zur Beseitigung festgestellte Verstöße zu erlassen. Nach einem Urteil des Thüringer Obergerichtes vom 27.06.2006, Az. 2 EO 739/05 ist aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage ausschließlich das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz für etwaige Beseitigungsanordnungen befugt. Als Konsequenz dieser fehlenden Befugnis unsererseits, kommt es beispielsweise zu der Konstellation, dass die Landesapothekerkammer Thüringen zwar für die Erteilung von Erlaubnissen von Rezeptsammelstellen die zuständige Behörde ist, aber nicht dazu befugt ist, die Beseitigung festgestellter Verstöße, wie z.B. die Beseitigung nicht genehmigter Rezeptsammelstellen, anzuordnen. Hier ist die Kammer stets auf die Mitwirkung der Behörde angewiesen, wodurch aber eine effiziente und zeitnahe Aufgabenwahrnehmung erschwert wird und zu einem nicht nachvollziehbaren Auseinanderfallen der Zuständigkeit in derselben Angelegenheit führt. Nach den Feststellungen des Thüringer Obergerichtes soll die Regelung in § 5 Absatz 2 ThürHeilBG keine ausreichende Rechtsgrundlage sein, so dass wir deshalb die Einführung einer entsprechenden Befugnisnorm zugunsten der Kammer anregen.

7. Anpassung der Ordnungsgeldhöhe in § 46 a Thüringer Heilberufegesetz

§ 46 a Thüringer Heilberufegesetz gibt dem Kammervorstand die Möglichkeit, einen Kammerangehörigen, der die ihm obliegenden Berufspflichten verletzt hat, schriftlich zu rügen und diese Rüge mit einem Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 2.000 Euro zu verbinden.

Demgegenüber normiert § 11 des Thüringer Heilberufegesetzes, dass Kammerangehörige, die den Pflichten nach § 2 Absatz 2 oder 3 Thüringer Heilberufegesetz oder den sonstigen Pflichten der Satzung zuwider handeln mit einem Ordnungsgeld bis 5.000 Euro belegt werden können. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Meldeverstöße und sonstige Verstöße gegen die Satzung mit einem höheren Ordnungsgeld belegt werden können als die Berufspflichtverstöße der Berufsordnung.



Die Verhängung einer Rüge mit einem Ordnungsgeld stellt im Rahmen der Berufsrechtsverfahren zudem ein wichtiges Instrument der Sanktionsmöglichkeit des Kammervorstandes dar. Hierdurch lassen sich mitunter langwierige berufsergerichtliche Verfahren vermeiden, so dass eine Anpassung des Ordnungsgeldrahmens bei Berufspflichtverstößen auf 5.000 Euro angemessen wäre, um auch schwerwiegendere Verstöße adäquat sanktionieren zu können. Wir regen daher an, § 46 a Absatz Satz 2 entsprechend anzupassen.

8. *Bekanntmachung von ermächtigten Kammerangehörigen in einem Verzeichnis § 29 Absatz 2 ThürHeilbG*
Wir regen zudem an, die Verpflichtung in § 29 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz der Bekanntmachung eines Verzeichnisses, in denen ermächtigte Kammerangehörige aufzuführen sind, entsprechend des damit intendierten Ziels zu modifizieren.

Diese Verpflichtung verkennt aus unserer Sicht zunächst die Rechte der hier aufzuführenden Betroffenen. So haben die hier bekanntzugebenden ermächtigten Fachapotheker keine Möglichkeit, der Bekanntgabe ihrer Person und dem Umfang der ihnen zuerkannten Ermächtigung zu widersprechen. Sinn dieser Regelung soll sein, interessierte Kammerangehörige zu informieren. Allerdings erfolgt die Ermächtigung der Fachapotheker nicht allgemein, sondern für ein konkretes Weiterbildungsverhältnis. Die Ermächtigung allein begründet zudem kein Interesse des ermächtigten Fachapothekers oder eine Verpflichtung weitere Weiterbildungsinteressierte aufzunehmen, so dass die Bekanntmachung ihren Sinn verfehlen dürfte. Wir regen im Interesse der betroffenen Ermächtigten an, diese Verpflichtung in eine freiwillige Bekanntmachungsmöglichkeit zu modifizieren, so dass die Betroffenen eine Wahl haben, ob sie in ihrer Eigenschaft als Ermächtigter bekannt gegeben werden.

Insgesamt sehen wir wie oben beschrieben das Bedürfnis einer grundlegenden Überarbeitung des Thüringer Heilberufegesetzes. Diese Vorschläge zeigen lediglich einzelne Defizite auf, die uns in der täglichen Praxis aufgefallen sind und beispielsweise hinsichtlich der Zuständigkeits- und Aufgabenzuweisung sowie der Informationsübermittlung essentiell sind und grundsätzlich im Rahmen eines Erfahrungsaustausches der beteiligten Behörden und der Heilberufskammern eruiert werden müssten. Wir halten es daher für sinnvoll, den Änderungsbedarf unter Einbeziehung der beteiligten Stellen zu erörtern und Vorschläge gemeinsam zu erarbeiten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn dies unter Ihrer Federführung initiiert werden könnte.

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilG:

In der Beteiligentransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.	Adresse gem. Zi. 2: Friedrich-Ebert-Str. 63, 99096 Erfurt	Tätigkeit gem. Zi. 3: Vertretung der Krankenhäuser in Thüringen
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: -		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: + wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Straße 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales
Gesundheit, Frauen und Familie

Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

Verband der Krankenhausträger
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

Telefon:
49 (0) 361 55 83 00

Telefax:
49 (0) 361 55 83 19

www.lkhg-thueringen.de
post@lkhg-thueringen.de

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	Telefon, Name	Datum
28.07.2020			

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 28. Juli 2020 mit dem Sie uns Gelegenheit zur Stellungnahme zum Sechsten Gesetz zur Änderung des ThürHeilBG geben.

Die Landeskrankehausgesellschaft Thüringen e.V. hat keine Einwände gegen die dort enthaltenen vorgesehenen Regelungen und schließt sich dem vorliegenden Gesetzentwurf an.

Wir würden uns gleichwohl freuen, wenn wir in den weiteren Beratungen weiterhin angehört werden und bedanken uns hierfür im Voraus.

Für Rückfragen steht Ihnen die Unterzeichnerin gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufgesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG:

In der Beteiligtransparenzdocumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Landestierärztekammer Thüringen	Adresse gem. Zi. 2: Thälmannstr. 1/3, 99085 Erfurt	Tätigkeit gem. Zi. 3: Vertretung der Tierärzte, Überwachung der Erfüllung der beruflichen Aufgaben
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: Erbeten wurde eine Ergänzung, damit auch die Versorgungswerke ihre Satzungen und amtlichen Bekanntmachungen auf den jeweiligen Webseiten veröffentlichen können.		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: <input checked="" type="checkbox"/> wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		



LANDESTIERÄRZTEKAMMER Thüringen

Landestierärztekammer Thüringen · Thälmannstr. 1/3 · 99085 Erfurt

Ihr/-e Ansprechpartner/-in

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie
Abteilung 4 / Referat 47
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

info@ltk.de
www.ltk.de

Ihr Zeichen

NUR PER E-MAIL

Ihre Nachricht vom
28.07.2020

— Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer
Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Erfurt, 07. September 2020

der o. g. Entwurf zum Sechsten Gesetz zur Änderung des ThürHeilBG
berücksichtigt die Belange der Landestierärztekammer Thüringen in
hinreichendem Maße.

Insofern stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

— Wir erlauben uns lediglich eine Ergänzung zu Ziffer 5, die berücksichtigt werden
sollte, sofern dies nicht zu Verzögerungen im Gesetzesvorhaben führt:

*„Die Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen der Kammer und
deren Versorgungswerke sind.“*

Die Ergänzung ist wichtig, da hier die praktische Notwendigkeit besteht, kurzfristig
auch Veröffentlichungen über die Webseiten der Kammer oder des
Versorgungswerkes vornehmen zu können.

Insgesamt sollten sonstige Änderungen, welche das Gesetzesvorhaben blockieren
bzw. verzögern könnten, nach hier vertretener Auffassung keine Berücksichtigung
mehr finden.

— Mit freundlichen Grüßen

Landestierärztekammer Thüringen
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Thälmannstr. 1/3
99085 Erfurt

Tel. Sprechzeiten
Mo, Di, Do 09.00 – 12.00 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Mo – Do 08.00 – 16.00 Uhr
Fr 08.00 – 12.00 Uhr

Anlage(n): ohne

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG:

In der Beteiligentransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Landes Zahnärztekammer Thüringen, Versorgungswerk Landes Zahnärztekammer Thüringen,	Adresse gem. Zi. 2: Barbarossahof 16, 99092 Erfurt	Tätigkeit gem. Zi. 3: Vertretung der Zahnärzte, Überwachung der Berufsausübung der Kammermitglieder
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: Ermöglichung der Datenübermittlung zwischen allen Kammern und deren Versorgungswerken		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: <input checked="" type="checkbox"/> wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		

Landes-zahnärztekammer Thüringen · Barbarossastraße 16 · 99092 Erfurt

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie

Postfach 90 03 54
99106 Erfurt

Servicezeiten

Mo 09:00 – 15:00 Uhr
Di 09:00 – 15:00 Uhr
Mi 09:00 – 16:30 Uhr
Do 09:00 – 15:00 Uhr
Fr 09:00 – 11:30 Uhr

Straßenbahn

Linie 2, Golhaer Platz
Linie 4, JusuZZentrum

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Barbarossastraße 16, 99092 Erfurt

Telefon 0361 74 32 -0

Durchwahl 0361 7432 142

Fax 0361 7432-150

E-Mail p.ahnerl@lzkth.de

Internet www.lzkth.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Ansprechpartner

Datum

31.08.2020

Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)

Sehr geehrte _____

die Landes-zahnärztekammer Thüringen und das Versorgungswerk der Landes-zahnärztekammer Thüringen geben folgende gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG) ab.

Unsere Stellungnahme bezieht sich dabei lediglich auf diejenigen Punkte des Gesetzesentwurfes, wo unsererseits Klarstellungsbedarf gesehen wird. Eine vorherige Abstimmung mit den anderen Thüringer Heilberufekammern und den Versorgungswerken der Thüringer Heilberufekammern haben wir vorgenommen.

Zu den Änderungen:

Artikel 1

zu Ziffer 2

Der Ergänzung des § 5a ThürHeilBG um einen neuen Absatz 3 als Rechtsgrundlage zum Datenaustausch zwischen den heilberuflichen Kammern und deren Versorgungswerken stimmen wir zu.

Wir bitten Sie jedoch, die Datenübermittlung zwischen allen Kammern der Heilberufe und allen heilberuflichen Versorgungswerken gesetzlich zu ermöglichen, da die Landes-zahnärztekammer Thüringen bzw. das Versorgungswerk der Landes-zahnärztekammer Thüringen auch zahnärztliche Mitglieder hat, die ebenso mit der Ärztekammer Thüringen bzw. dem Versorgungswerk der Ärztekammer Thüringen (z. B. die Fachärzte für Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie) mitgliedschaftlich verbunden sind. In solchen Fällen kann eine kammer- und versorgungswerksübergreifende Datenübermittlung erforderlich sein.

zu Ziffer 3 b)

Zu § 5b Absatz 8 Ziffer 8 ThürHeilBG schlagen wir Ihnen folgende unterstrichene Ergänzung im Wortlaut vor: „Gesundheitsdaten, soweit diese im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft, zur Prüfung eines Anspruchs auf Gewährung einer Berufsunfähigkeitsrente oder eines Zuschusses zu Rehabilitationsmaßnahmen erforderlich sind,“

Nach der Satzung des Versorgungswerkes der Landeszahnärztekammer Thüringen werden Pflichtmitglieder der Landeszahnärztekammer Thüringen dann nicht als Pflichtmitglieder in das Versorgungswerk der Landeszahnärztekammer Thüringen aufgenommen, wenn sie berufsunfähig sind. In diesen Fällen muss es für das Versorgungswerk zulässig sein, Gesundheitsdaten auch im Zusammenhang mit einer Mitgliedschaft im heilberuflichen Versorgungswerk datenschutzkonform zu verarbeiten.

Zu dem anzufügenden § 5b Absatz 8 Ziffer 11 ThürHeilBG schlagen wir Ihnen folgenden geänderten Wortlaut vor: „Daten zu Zwangsvollstreckungen“:

Der Wortlaut „Pfändungsdaten bei Leistungsbezug“ umfasst unseres Erachtens nicht alle mit dieser Formulierung ins Auge gefassten Sachverhalte. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gehen dem Versorgungswerk nicht erst in der Phase des Leistungsbezugs des Mitglieds, sondern oft auch zeitlich vorgelagert zu. Zudem werden gegen Mitglieder der berufsständischen Versorgungswerke nicht nur Pfändungen in deren Rentenleistungen oder Rentenanwartschaften durchgeführt, sondern Mitglieder der Versorgungswerke befinden sich im Einzelfall auch in Insolvenzverfahren, so dass der juristische Oberbegriff der Zwangsvollstreckung hier für uns sachgerecht erscheint.

zu Ziffer 3 c)

Der Anfügung von § 5b Absatz 9 ThürHeilBG stimmen wir zu. Um eine Flexibilität bei der zukünftigen Errichtung weiterer ehrenamtlicher Gremien in den Versorgungswerken zu gewährleisten, die sich unter Umständen auch aus der Anwendung des Thüringer Versicherungsaufsichtsgesetzes (ThürVAG) ergeben, schlagen wir jedoch vor, die Regelung wie folgt zu erweitern:

„Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen und sonstigen Gremien der Versorgungswerke ist ehrenamtlich.“

zu Ziffer 4

Die ergänzende Regelung in § 13 ThürHeilBG, in der die Ehrenamtlichkeit normiert werden soll, wird von uns begrüßt, da eine Regelung hierzu auch von der Landeszahnärztekammer Thüringen gefordert wurde.

Aus Sicht der Landeszahnärztekammer Thüringen ist diese ausreichend. Allerdings können wir hier der Argumentation der Ärztekammer Thüringen folgen und unterstützen daher ausdrücklich den von der Ärztekammer Thüringen vorgetragenen Alternativvorschlag wie folgt:

„Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen, Ausschüssen und sonstigen Gremien der Kammern ist ehrenamtlich.“


zu Ziffer 5

Auch die Ergänzung des § 15 ThürHeilBG um einen neuen Absatz 3 zur Regelung der amtlichen Bekanntmachung über Internet stimmen wir zu. Damit auch die Versorgungswerke von der zusätzlichen Form der Bekanntmachung profitieren können, schlagen wir vor § 15 Absatz 3 ThürHeilBG wie folgt zu ergänzen: „Die Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen der Kammern und deren Versorgungswerke sind...“

Unseres Erachtens ist es sachgerecht, dass die Bekanntmachungen der Kammern und deren Versorgungswerken im Internet möglich sein müssen.

Zu den Ziffern 6 und 7 des Gesetzesentwurfes erfolgt unsererseits mangels Betroffenheit keine gesonderte Stellungnahme.

Freundliche Grüße

Der Präsident der LZKTh
Im Auftrag, 

Der Vorsitzende des Vorstandes des VW der LZKTh
Im Auftrag

~~Geschäftsführer~~

Geschäftsleiter



Landes-zahnärztekammer Thüringen · Barbarossa Hof 16 · 99092 Erfurt

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie
Frau Hauptmann
Postfach 90 03 54
99106 Erfurt

Servicezeiten

Mo 09:00 – 15:00 Uhr
Di 09:00 – 15:00 Uhr
Mi 09:00 – 16:30 Uhr
Do 09:00 – 15:00 Uhr
Fr 09:00 – 11:30 Uhr

Straßenbahn

Linie 2, Gothaer Platz
Linie 4, Justizzentrum

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Barbarossa Hof 16, 99092 Erfurt

Telefon 0361 74 32 -0

Durchwahl 0361 7432 142

Fax 0361 7432-150

E-Mail p.ahnert@lzkth.de

Internet www.lzkth.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Ansprechpartner

Datum

04.09.2020

Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)

Sehr geehrte

bezugnehmend auf unser heutiges Telefonat möchten wir noch folgendes klarstellend mitteilen.

Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass der von Ihnen vorgelegte Entwurf zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG) genau diejenigen Vorschläge berücksichtigt, die wir in den Vorbesprechungen seit Mitte 2018 vorgetragen haben.

Insofern stimmen wir dem Gesetzesentwurf zu. Wir sind der Auffassung, dass Änderungen, die das Gesetzesvorhaben blockieren bzw. verzögern, keine Berücksichtigung finden sollten.

Insofern besteht hierbei Einigkeit mit der Landestierärztekammer und deren Versorgungswerk.

Sofern berücksichtigungsfähig, wäre uns lediglich die Ergänzung zu Ziffer 5: „Die Satzungen und anderen amtlichen Bekanntmachungen der Kammern und deren Versorgungswerke sind...“ wichtig, da hier die praktische Notwendigkeit besteht, kurzfristig auch Veröffentlichungen über die Internetseiten der Kammer oder des Versorgungswerkes vornehmen zu können.

Freundliche Grüße
Der Präsident der LZKTh
Im Auftrag, / /

Der Vorsitzende des Vorstandes des VW der LZKTh
Im Auftrag

Geschäftsführer

Geschäftsleiter

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG:

In der Beteiligtransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: OKP – Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer	Adresse gem. Zi. 2: Kickerlingsberg 16, 04105 Leipzig	Tätigkeit gem. Zi. 3: Vertretung der Psychotherapeuten, Überwachung der Erfüllung der Berufspflichten
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: -		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: + wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		

OPK . Kickerlingsberg 16 . 04105 Leipzig

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie
Referat 47

- Per E-Mail -

Ihr Zeichen
47-0015/60-8-67669/2020

Unser Zeichen
JM/NMW

Bearbeiter/in, Telefon

Datum
21. August 2020

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)

wir bedanken uns ausdrücklich für die Beteiligung am schriftlichen Anhörungsverfahren zum Gesetzesentwurf des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes.

Zu inhaltlichen Änderungen des Heilberufegesetzes verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 30. Juni 2020. Gerne möchten wir die Gelegenheit nutzen, um eine dringend notwendige redaktionelle Änderung im Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG) aufzuzeigen. § 1 Absatz 1 ThürHeilBG weist auf eine **Landespsychotherapeutenkammer Thüringen** hin.

Zu der Errichtung einer Landespsychotherapeutenkammer Thüringen ist es nicht gekommen. Vielmehr wurde mit dem Staatsvertrag vom 02. Juni 2005 eine gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, durch die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, des Freistaates Sachsen sowie des Freistaates Thüringen beschlossen. Die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK) ist seither in diesen fünf Ländern die öffentliche Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und ab dem 01.09.2020 ebenso der Psychotherapeuten, die über eine Approbation nach § 1 Absatz 1 Satz 1 oder eine Berufserlaubnis nach Artikel 1, § 1 Absatz 1 Satz 2 Gesetz zur Reform der Psychotherapieausbildung

vom 15.11.2019 BGBl. Teil I S. 1604 (Nr. 40), zuletzt geändert durch Artikel 17 Zweites Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 19.05.2020 BGBl. Teil I S. 1018, verfügen. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts wirkt sie als gemeinsame Kammer dieser fünf Bundesländer.

In Artikel 1 Absatz 4 des Staatsvertrages heißt es, dass auf die Kammer und ihre Mitglieder das Gesetz über Berufsausübung, Berufsvertretungen und Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker im Freistaat Sachsen (Sächsisches Heilberufekammergesetz – SächsHKaG) vom 24. Mai 1994 (SächsGVBl. S. 935), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 27. Juni 2001 (SächsGVBl. S. 426, 428), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung findet.

Wir empfehlen daher, das Thüringer Heilberufegesetz (ThürHeilBG) daraufhin zu überprüfen und entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Gerne stehen wir in diesem Zusammenhang für Rückfragen zur Verfügung. Bis dahin verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer
Im Auftrag

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (KdöR)
Kickerlingsberg 16
04105 Leipzig
Tel. 0341 462 432 0
Fax 0341 462 432 19
E-Mail: info@opk-info.de
Homepage: www.opk-info.de

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG:

In der Beteiligtransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Sächsische Landesapothekerkammer Sächsisch-Thüringische Apothekerversorgung	Adresse gem. Zi. 2: Pillnitzer Landstr. 10 01326 Dresden	Tätigkeit gem. Zi. 3: Die Sächsisch-Thüringische Apothekerversorgung ist Träger der berufsständischen Versorgung im Alter, bei Berufsunfähigkeit und für die Hinterbliebenen der Mitglieder. Als gemeinsame Einrichtung der Landesapothekerkammern <u>Sachsen</u> und <u>Thüringen</u> nimmt sie ihre Aufgaben auf der Grundlage eines Staatsvertrages zwischen den beiden Freistaaten war.
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: -		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: <input checked="" type="checkbox"/> wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		

Von:

Gesendet:

Montag, 31. August 2020 11:07

An:

Betreff:

WG: Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

Ihnen zur Kenntnis

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT, FRAUEN UND FAMILIE

Referat 47 | Gesetzgebung, Rechtsangelegenheiten, Internationale Kooperation

Werner-Seelenbinder-Straße 6 | 99096 Erfurt |

Postfach 900354 | 99106 Erfurt

Betreff: AW: Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

vielen Dank für die Möglichkeit, zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes Stellung zu nehmen. Von unserer Seite bestehen gegenüber den Änderungsvorschlägen keine Einwände oder Bedenken.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

SÄCHSISCHE LANDESAPOTHEKERRKAMMER
SÄCHSISCH-THÜRINGISCHE APOTHEKERVERSORGUNG
Pillnitzer Landstraße 10
01326 Dresden

Web: www.stapv.de

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG:

In der Beteiligientransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1:	Adresse gem. Zi. 2:	Tätigkeit gem. Zi. 3:
Universitätsklinikum Jena Ethikkommission	Bachstr. 18. 07740 Jena	<p>Gem. § 1 der Satzung errichtet die Friedrich-Schiller-Universität Jena für eigene Forschungsvorhaben, Forschungsvorhaben des Universitätsklinikums Jena, kooperierenden wissenschaftlichen Einrichtungen sowie für klinische Prüfungen entsprechend dem Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG) und dem Gesetz über Medizinprodukte (Medizinproduktegesetz – MPG) eine eigene, unabhängige Ethikkommission.</p> <p>Die Ethikkommission hat die Aufgabe, die Forscherinnen und Forscher auf Antrag hinsichtlich</p>

		der ethischen und rechtlichen Gesichtspunkte aller geplanten und ihr zur Prüfung vorgelegten Forschungsvorhaben am Menschen und entnommenen Körpermaterial sowie Vorhaben epidemiologischer Forschung mit personenbezogenen Daten zu beraten.
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4:		
Ergänzung um das Wort „mindestens“ in § 17 a Abs. 4 S. 2 ThürHeilBG, um mehr Mitglieder in die Ethik-Kommission als bisher bestellen zu können und insoweit der gestiegenen Anzahl der Antragsverfahren besser gerecht werden zu können.		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet:		
<div> <input checked="" type="checkbox"/> + wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen) </div>		



**UNIVERSITÄTS
KLINIKUM
Jena**

Ethik-Kommission

Universitätsklinikum Jena · Ethik-Kommission · 07740 Jena

**THÜRINGER MINISTERIUM FÜR ARBEIT,
SOZIALES, GESUNDHEIT,
FRAUEN UND FAMILIE**
Referat 47
Gesetzgebung, Rechtsangelegenheiten,
Internationale Kooperation
Werner-Seelenbinder-Straße 6
99096 Erfurt

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie					
Eingang Reg. Nr. 73076					
07. AUG. 2020					
Min	Sts	LAus	M 1	M 2	
1	2	3	4	5	

31. Juli 2020

1
Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer
Heilberufegesetzes

TMSGFF-Abteilung					
07. Aug. 2020					
4	41	42	43	44	
45	46	47	48		

Sehr geehrte

gern nehmen wir die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zu den Änderungen des Thüringer Heilberufegesetzes wahr.

Der Umfang der Aufgaben der Ethikkommission hat sich seit der Änderung des Arzneimittelgesetzes vor einigen Jahren immens erhöht: Es gibt eine Vervielfachung der Anzahl der Antragsverfahren von Forschenden. Die Anträge sind zum erheblichen Teil hinsichtlich ihres Umfangs umfassender geworden. Des Weiteren gibt es für bestimmte Antragsverfahren nur kurze Fristen, um die Anträge zu bewerten.

Vor dem Hintergrund, dass die Mitglieder der Ethikkommission ehrenamtlich die Arbeit leisten und hauptberuflich in ihren Tätigkeiten z.B. als Facharzt zeitlich eng eingebunden sind, benötigt die Ethikkommission mehr Mitglieder, d.h. vorrangig mehr zu berufenen Ärzte, um die Beschlussfähigkeit der jeweiligen Sitzungen gewährleisten zu können.

Insoweit bitten wir um Ergänzung der Regelung des § 17 a Absatz 4 Satz 2 um das Wort „mindestens“:

„(4) Die Zusammensetzung der Ethik-Kommission richtet sich für die Aufgaben nach Absatz 1 Satz 2 nach den jeweiligen bundesgesetzlichen Vorgaben und wird durch die Landesärztekammer in der Satzung nach Absatz 5 festgelegt. Bei der Wahrnehmung der sonstigen Aufgaben besteht die Ethik-Kommission aus mindestens :“

Damit könnten zugleich die durch die bundesgesetzlichen Vorgaben zu berufenen Mitglieder in Übereinstimmung mit den durch das Thüringer Heilberufegesetz zu berufenen Mitglieder in



Übereinstimmung gebracht werden (beispielsweise ist durch § 41 a Absatz 3 Ziffer 2 AMG die Berufung einer Person mit Erfahrung auf dem Gebiet der Versuchsplanung und Statistik gefordert).

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der Ethik-Kommission

Geschäftsführerin der Ethik-Kommission

Mitteilung nach § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG über angehörte Stellen außerhalb der Landesverwaltung zum Gesetzentwurf „Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes“

§ 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG:

In der Beteiligtentransparenzdokumentation sind folgende Informationen zu vermerken:

1. die Namen der natürlichen und juristischen Personen unter Angabe ihrer Organisationsform,
2. die Geschäftsadresse juristischer Personen sowie die Geschäfts- oder Dienstadresse natürlicher Personen; Wohnadressen natürlicher Personen werden nur verlangt, wenn keine andere Adresse vorliegt, und werden nicht veröffentlicht,
3. Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Personen,
4. Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags zum jeweiligen Gesetzgebungsverfahren,
5. für den Fall einer Eigeninitiative der natürlichen oder juristischen Person Angaben zu Anlass, Form und Inhalt der Eigeninitiative,
6. beteiligte Anwaltskanzleien haben ihren Auftraggeber zu benennen.

Mit Angabe der Informationen nach den Nummern 1 bis 6 haben die Beteiligten zu erklären, ob sie ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihrer Beiträge im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben; auch bei Nichtveröffentlichung der Beiträge mangels Zustimmung werden die Informationen entsprechend den Nummern 1 bis 6 als verpflichtende Mindestinformationen veröffentlicht.

Die Angaben geben die von den Beteiligten übermittelten Informationen wieder. Eine Gewähr für deren Richtigkeit kann von der Landesregierung nicht übernommen werden.

Name und ggf. Organisationsform gem. Zi. 1: Versorgungswerk der Landestierärztekammer Thüringen	Adresse gem. Zi. 2: Pf 146 – 14131 Berlin	Tätigkeit gem. Zi. 3: Das Versorgungswerk bietet für seine Mitglieder Versorgungsleistungen im Fall der Berufsunfähigkeit, des Todes und im Alter.
Zusammenfassung des Inhaltes gem. Zi. 4: -		
Die Zustimmung zur Veröffentlichung des gesamten Beitrags gem. § 5 Abs. 1 S.2 im Internet: + wird erteilt. <input type="checkbox"/> wird nicht erteilt. (Zutreffendes bitte ankreuzen)		

Versorgungswerk der Landestierärztekammer Thüringen

Einrichtung der Landestierärztekammer Thüringen - Körperschaft des öffentlichen Rechts

Tierärzteversorgung Thüringen - Pf 146 - 14131 Berlin

Thüringer Ministerium
für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Herrn Benno Schulz
Postfach 90 03 54
99106 Erfurt

Per E-Mail

Potsdamer Str. 47
14163 Berlin (Zehlendorf)
Telefon : (030) 816002 62
Fax : (030) 816002 40
Internet: www.vw-ltkl.de
E-Mail: info@vw-ltkl.de
Deutsche Apotheker- und Ärztebank
Kto. Nr. 1001 000 0000

Durchwahl/Fax
-72/-77

Ihre Nachricht vom/Zeichen


Ihre Gesprächspartnerin

Datum
20.08.2020

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG)
Anhörung der Verbände
Ihr Zeichen: 47-0015/60-8-67669/2020

wir danken Ihnen für die Übersendung des Gesetzesentwurfes des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes mit Schreiben vom 28.07.2020. Einwände gegen den vorgelegten Gesetzesentwurf bestehen aus Sicht des Versorgungswerkes der Landestierärztekammer Thüringen nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Versorgungswerk der Landestierärztekammer
Thüringen
Der Verwaltungsausschuss
Im Auftrag


3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer

Landesapothekerkammer Thüringen

Versorgungswerk der Landestierärztekammer Thüringen

Landesärztekammer Thüringen

Sächsisch-Thüringische Apothekerversorgung

Versorgungswerk der Landeszahnärztekammer Thüringen

Landeszahnärztekammer Thüringen

Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen

Bundesverband für freie Kammern

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufesgesetzes DS 7/2207											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Häßlerstr. 8</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)		Geschäfts- oder Dienstadresse	Häßlerstr. 8	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Häßlerstr. 8									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Datenschutzaufsicht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Datenschutzrechtlich relevante Teile (§ 5a Abs. 3 und § 5b Abs. 8 Thüringer Heilberufsgesetz -neu-) werden in der derzeitigen Gestaltung für europarechtswidrig eingeschätzt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10. Aug. 2021	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



AZ:

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/in:
Telefon : +49 (361) 57-3112900
Erfurt, den : 22. Juni 2021

Verlangen des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung gemäß § 112 Abs.4 GO

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

Sehr geehrte Frau

nach Durchsicht des o. g. Gesetzentwurfs kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Aus Sicht des Datenschutzes erscheinen die in den §§ 5a Abs. 3, 5b Abs. 8 und 9 und 30a Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Heilberufegesetzes (neu) vorgesehenen Änderungen relevant.

Nach § 5a Abs. 3 des Thüringer Heilberufegesetz (neu) können die Kammern und Versorgungswerke personenbezogene Daten ihrer Mitglieder untereinander übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des jeweiligen Empfängers erforderlich ist. Eingeschlossen sind hier auch besondere Kategorien von personenbezogenen Daten i. S. v. Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Die konkrete Zweckbindung für die Datenübermittlung i. S. v. Art. 5 Abs. 1 Buchst. b) DS-GVO ist eindeutig definiert und wird in der Gesetzesbegründung auf Seite 10 im 3. Absatz des Dokuments ausführlich beschrieben.

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900
Telefax: 0361 57-3112904
E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

Allerdings ist nach Art. 9 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 DS-GVO eine Verarbeitung von besonderen Kategorien von personenbezogenen Daten nur zulässig, wenn eine der Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegt. Hier soll das Recht des Mitgliedsstaats der Verarbeitung erlauben. Als Ermächtigungsgrundlage ist Art. 9 Abs. 2 Buchst. h) DS-GVO angegeben. Danach ist die Verarbeitung zulässig, die für Zwecke der Gesundheitsvorsorge oder der Arbeitsmedizin, für die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit des Beschäftigten, für die medizinische Diagnostik, die Versorgung oder Behandlung im Gesundheits- oder Sozialbereich oder für die Verwaltung von Systemen und Diensten im Gesundheits- oder Sozialbereich auf der Grundlage des Unionsrechts oder des Rechts eines Mitgliedstaats oder aufgrund eines Vertrags mit einem Angehörigen eines Gesundheitsberufs und vorbehaltlich der in Absatz 3 genannten Bedingungen und Garantien erforderlich ist. Die Begründung führt hierzu aus: Der Austausch der Gesundheitsdaten diene dazu, in berufsrechtlicher Hinsicht zu prüfen, ob die für die Berufsausübung erforderliche gesundheitliche Eignung des Mitglieds noch vorliegt. Darüber hinaus werde den Rechten der Betroffenen durch die Regelung in Satz 2 Rechnung getragen.

Allerdings sieht Art. 9 Abs. 3 DS-GVO vor, dass die in Absatz 1 genannten personenbezogenen Daten zu den in Absatz 2 Buchstabe h) genannten Zwecken verarbeitet werden dürfen, wenn diese Daten von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet werden und dieses Fachpersonal nach dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats oder den Vorschriften nationaler zuständiger Stellen dem Berufsgeheimnis unterliegt, oder wenn die Verarbeitung durch eine andere Person erfolgt, die ebenfalls nach dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats oder den Vorschriften nationaler zuständiger Stellen einer Geheimhaltungspflicht unterliegt.

Auch, wenn sich derartige Bestimmungen in dem sonst für die Kassenärztliche Vereinigung einschlägigen Recht finden sollten, gibt es **nach hiesiger Kenntnis keine derartige Bestimmung für die Versorgungswerke.**

Auch erscheint hier ein Rückgriff auf Art. 9 Abs. 2 Buchst. h) DS-GVO fraglich, weil es hier nicht um die Daten von Patienten, sondern um solche von Ärzten geht. Die Datenverarbeitung dient daher nur mittelbar der Gesundheitsvorsorge.

Es spricht viel dafür, dass in diesem Fall Art. 9 abs. 2 **Buchst. g)** DS-GVO einschlägig ist, der allerdings verlangt, dass die rechtliche Regelung in angemessenem Verhältnis zu dem verfolgten Ziel steht, den Wesensgehalt des Rechts auf Datenschutz wahrt und angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Grundrechte und Interessen der betroffenen Person vorsieht.

Hier bestehen erhebliche Zweifel, ob die pauschale Wiedergabe eines Teils des Gesetzestexts am Ende von Absatz 3 den Anforderungen des Art. 9 Abs. 2 Buchst. h) DS-GVO genügt und nicht vielmehr die in der Begründung erwähnte Verschlüsselung der Daten im Thüringer Heilberufegesetz selbst vorzuschreiben ist.

Aus den genannten Gründen halte ich die Bestimmung in ihrer derzeitigen Gestaltung für europarechtswidrig.

Art. 1 Nr. 3 b) regelt über zwei, in das Thüringer Heilberufegesetz neu unter § 5b einzufügende Absätze 8 und 9, die Verarbeitung personenbezogener Daten ihrer Mitglieder und sonstiger Leistungsberechtigter (Hinterbliebene der Mitglieder) durch die Versorgungswerke zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Thüringer Heilberufegesetz und Absatz 4 ihrer Satzung. Die Art und der Umfang der Daten, die verarbeitet werden, ist präzise dargelegt und wird in der Gesetzesbegründung auf Seite 12/13 des Dokuments ausführlich beschrieben. Allerdings ist auch hier, in § 5b Abs. 8 Satz 2 Nr. 8 des Entwurfs die Verarbeitung von Gesundheitsdaten und damit von besonderen Kategorien von Daten nach Art. 9 Abs. 1 DS-GVO vorgesehen. Nach der Begründung beruht die Regelung auf Art. 9 Abs. 2 Buchst. b) der DS-GVO. Nach dieser Bestimmung ist die Verarbeitung zulässig, wenn sie die erforderlich ist, damit der Verantwortliche oder die betroffene Person die ihm bzw. ihr aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsenden Rechte ausüben und seinen bzw. ihren diesbezüglichen Pflichten nachkommen

kann, soweit dies nach Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten oder einer Kollektivvereinbarung nach dem Recht der Mitgliedstaaten, das geeignete Garantien für die Grundrechte und die Interessen der betroffenen Person vorsieht, zulässig ist.

Selbst, wenn man davon ausgeht, dass die Erforderlichkeit der Regelung in diesem Sinne hinreichend dargelegt ist, lässt sich dies in Bezug auf die geeigneten Garantien für die Grundrechte und die Interessen der betroffenen Person nicht feststellen. Angemessene Garantien zum Schutz der Grundrechte und sonstigen Interessen der betroffenen Personen bestehen nicht nur in – nach Art. 32 Abs. 1 DS-GVO ohnehin zu treffenden – technischen und organisatorischen Maßnahmen. Vielmehr geht es auch darum, dass der Mitgliedsstaat zum Schutz der informationellen Grundrechte und Interessen der Betroffenen rechtliche Verarbeitungsschranken, besondere Betroffenenrechte zusätzlich zu technisch-organisatorischen Rahmenbedingen festlegt (Petri in Simits/Hornung/Spiecker, Datenschutzrecht, 1. Aufl. 2019, Rn. 27 zu Art. 9). **Diese Anforderungen erfüllt die Bestimmung nicht. Sie ist damit nach meiner Auffassung europarechtswidrig.**

Die in § 30a des Thüringer Heilberufegesetzes (neu) vorgesehene Streichung ist redaktioneller Art.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lutz Hasse

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontaktdaten**:

TLfDI
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
Tel.: +49 (361) 57-3112900
Fax: +49 (361) 57-3112904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.

3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.

Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.

Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.

4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.

6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:
Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail:

datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de

7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.

Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/2207 -

1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer	KolöR
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Goyastr. 2d
	Postleitzahl, Ort	04105 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	antideutschen "Drogenkieserpeutenhammer (OPK)"	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum

Witz 14.7.21

THÜR. LANDTAG POST
18.06.2021 08:41

15384/21

OPK . Goyastraße 2d . 04105 Leipzig

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Datum
16. Juni 2021

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns ausdrücklich für die Beteiligung am schriftlichen Anhörungsverfahren zum Gesetzesentwurf des „Sechsten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes.“

Nach dem Staatsvertrag über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten vom 02. Juni 2005 (SächsGVBl. S. 268) ist die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK) die öffentliche Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, des Freistaates Sachsen sowie des Freistaates Thüringen.

In Artikel 1 Absatz 4 heißt es dort, dass auf die Kammer und ihre Mitglieder das Gesetz über Berufsausübung, Berufsvertretungen und Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker im Freistaat Sachsen (Sächsisches Heilberufekammergesetz – SächsHKaG) vom 24. Mai 1994 (SächsGVBl. S. 935), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 27. Juni 2001 (SächsGVBl. S. 426, 428), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung findet.

Daher ist das Thüringer Heilberufegesetz für die OPK nicht einschlägig. Insofern sehen wir von der Einreichung einer Stellungnahme ab.

Zugleich dürfen wir an dieser Stelle empfehlen, den oben dargestellten Sachstand im Thüringer Heilberufegesetz zu ergänzen. So spricht das Thüringer Heilberufegesetz beispielsweise in § 1 Absatz 1 von der „Landespsychotherapeutenkammer Thüringen“ statt von der „Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer“ als Berufsvertretung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Freistaates Thüringen.

Des Weiteren möchten wir höflich darauf hinweisen, dass mit der Verabschiedung des Psychotherapeuten-Ausbildungsreformgesetzes (PsychThG-AusbRefG) am 22. November 2019 der „neue Beruf“ der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten neben den Berufen der „Psychologischen

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ sowie „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“ eingeführt wurde.

Das PsychThG-AusbRefG trat bereits am 1. September 2020 in Kraft. Die Ausbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wurde damit grundlegend umgestellt. Das Modell der bisherigen postgradualen psychotherapeutischen Ausbildung wird auslaufen. Künftige Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten werden ein aufeinander aufbauendes Bachelor- und Master-Studium mit psychotherapeutischer Ausrichtung sowie eine Staatsprüfung zur Erlangung der Approbation absolvieren. Die Berufsbezeichnung für diese Absolventen des „neuen“ Psychotherapiestudiums lautet nach dem Erhalt ihrer Approbation „Psychotherapeutin/Psychotherapeut“. Sie werden dann künftig neben den bisherigen Kammermitgliedern, den „Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ sowie den „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“, als Pflichtmitglieder der OPK aufgenommen.

Demzufolge empfehlen wir, diesen „neuen Beruf“ der „Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ in § 2 neben den Berufen der „Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ sowie den „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten“ in das Thüringer Heilberufegesetz aufzunehmen.

Gern stehen wir Ihnen jederzeit für Rückfragen zu dieser Thematik und selbstverständlich zu gesundheitspolitischen oder fachlichen Fragestellungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetellidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellidokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2207 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<div style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px; margin: 0 auto;"></div>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landesapothekerkammer Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Thälmannstr. 6, 99085 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landesapothekerkammer Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thälmannstr. 6, 99085 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Landesapothekerkammer Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thälmannstr. 6, 99085 Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellidokG)</small>										
<div style="border: 1px solid black; width: 20px; height: 20px; margin: 0 auto;"></div>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Landesorganisation / Selbstverwaltung Apothekerschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	s. Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Landesapothekerkammer Thüringen | Thälmannstraße 6 | 99085 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:

Telefon (Durchwahl):

E-Mail:

18. Juni 2021

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/1277

zu Drs. 7/2207

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

-Drucksache 7/2207

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Übersendung des oben bezeichneten Gesetzesentwurfs und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen insbesondere die Aufnahme einer Definition zur Berufsausübung in § 2 Absatz 1 des Gesetzesentwurfs sowie die Klarstellung zur Zuständigkeit der Regelungsbefugnis nach § 23 Absatz 1, Satz 2, Absatz 2 und Absatz 3 Satz 2 ApBetrO in § 6 b Absatz 1 Nr. 1 des Gesetzesentwurfs.

Sowohl in § 6 Absatz Nr. 2 des Gesetzesentwurfs die Erteilung der Erlaubnis zum Unterhalten von Rezeptsammelstellen nach § 24 Absatz 1 Satz 1 ApBetrO eine angepasste Formulierung für die Zuständigkeit der Landesapothekerkammer eingefügt wird, regen wir wiederholt an, bei dieser Gelegenheit auch die Zuständigkeit für die Beseitigung festgestellter Verstöße auf die Landesapothekerkammer Thüringen durch belastende Verwaltungsakte zu übertragen. Nach einem Urteil des Thüringer Oberverwaltungsgerichts vom 27.06.2006, Az. 2 EO 739/05 soll aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage ausschließlich das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz für etwaige Beseitigungsanordnungen befugt sein. Die Regelung in § 5 Absatz 2 ThürHeilBG wurde seitens des Gerichts nicht als ausreichend erachtet. Als Konsequenz dieser fehlenden Befugnis, kommt es zu der Konstellation, dass die Landesapothekerkammer Thüringen zwar für die Erteilung von Erlaubnissen von Rezeptsammelstellen die zuständige Behörde ist, aber nicht dazu befugt ist, die Beseitigung festgestellter Verstöße, wie z.B. die Beseitigung nicht genehmigter Rezeptsammelstellen, anzuordnen. Hier ist die Kammer stets auf die Mitwirkung der Behörde angewiesen, wodurch aber eine effiziente und zeitnahe Aufgabenwahrnehmung erschwert ist.

Der Gesetzesentwurf benennt zutreffend die Notwendigkeit der Anpassung des Thüringer Heilberufegesetz an novellierte bundesrechtliche Vorschriften. Inzwischen ist durch Änderungen bundesrechtlicher Vorgaben eine Situation entstanden, die eine Änderung grundsätzlicher Art dringend erfordern. Wir bitten daher auch die nachfolgenden Änderungsvorschläge in diesem Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen:

1. Möglichkeit von präsenzlosen Kammerversammlungen im ThürHeilBG

Ein dringendes Anliegen ist durch die Pandemiesituation entstanden.

Aufgrund der Corona-Pandemielage musste im letzten Jahr zunächst die Frühjahrskammerversammlung abgesagt werden. Für die Durchführung der regelmäßig im November stattfindenden Kammerversammlung wandten wir uns aufgrund des wieder anstehenden Infektionsgeschehens an das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMSGFF) als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde, um abzustimmen, ob und gegebenenfalls unter welchen Vorgaben die Durchführung der Kammerversammlung als präsenzlose Onlineversammlung möglich wäre.

Das Ministerium verwies darauf, dass das Thüringer Heilberufegesetz einer Online-Kammerversammlung entgegenstehen würde und es entsprechender Änderungen in den Regularien der Landesapothekerkammer Thüringen bedarf, welche das Verfahren regeln.

Wir haben wiederholt das Ministerium darauf hingewiesen, dass der Bundesgesetzgeber mit dem Gesetz zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Kammern im Bereich der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentordnung, der Bundesnotarordnung, der Wirtschaftsprüfer und des Steuerberatungsgesetzes während der Covid-19-Pandemie (COVID-19-Gesetz zur Funktionsfähigkeit der Kammer, COVID-19-FKG) frühzeitig die Notwendigkeit gesehen hat, die Funktionsfähigkeit der nach Bundesrecht organisierten Kammern, durch die Möglichkeit der präsenzlosen Beschlussfassung, zu sichern. In Thüringen wurde bisher keine entsprechende Änderung des Heilberufegesetzes vorgenommen und scheint auch nicht geplant zu sein.

Das TMSGFF hat demgegenüber wiederholt darauf verwiesen, dass einer präsenzlosen Kammerversammlung das Thüringer Heilberufegesetz entgegenstehen würde. Gleichwohl hat es nunmehr einer untergesetzlichen Satzungsänderung der LAKT, welche diese Möglichkeit vorsieht, unter dem Vorbehalt einer Wiederholung des Beschlusses genehmigt. Sofern die Rechtsauffassung beibehalten wird, dass das Thüringer Heilberufegesetz einer präsenzlosen Kammerversammlung entgegensteht, würde eine Satzung, die dies ermöglicht, gegen höherrangiges Recht verstoßen.

Wir regen daher dringend an, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Heilberufskammern, eine entsprechende Regelung in das Thüringer Heilberufegesetz aufzunehmen. Dieses Anliegen wird durch die Landesärztekammer sowie die Landestierärztekammer mit den anliegenden Schreiben unterstützt.

2. Klarstellung Zuständigkeit Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen gemäß § 340 SGB V für Berufsangehörige ohne Kammerzugehörigkeit

Des Weiteren bitten wir um eine klarstellende Anpassung der Zuständigkeitszuweisung in § 5 Absatz 1 Nr. 7 ThürHeilBG. § 5 Absatz 1 Nr. 7 Thüringer Heilberufegesetz sieht vor, dass die Heilberufekammern an Kammerangehörige Heilberufsausweise ausgeben und ihnen sonstige Bescheinigungen ausstellen; sie nehmen für Kammerangehörige und, soweit sie einen Berufsausweis benötigen, für die bei ihnen tätigen berufsmäßigen Gehilfen die Aufgaben nach § 291a Abs. 5a Satz 1 Nr. 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch wahr; dazu legen sie gegenüber den Zertifizierungsdiensteanbietern die Anforderungen fest und gewährleisten durch geeignete Maßnahmen deren Einhaltung. Diese Regelung steht teilweise im Widerspruch zum eGBR-Staatsvertrag.



Die Landesapothekerkammer Thüringen gibt entsprechend dieser Zuständigkeitszuweisung Heilberufsausweise an ihre Kammermitglieder aus. In der aktuellen Fassung des § 291 a SGB V ist der Absatz 5 a nicht mehr enthalten, welcher die Zuständigkeit der Ausgabe für Berufsgehilfen an medizinische Fachberufe vorsah. Eine Zuständigkeit der Landesapothekerkammer Thüringen für nicht approbierte pharmazeutische Mitarbeiter bestand sowohl nach der alten als auch nach der aktuellen Fassung des SGB V nicht. Gemäß des Staatsvertrags über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberufsregisters (eGBR) als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerorganisationen (eGBR-Staatsvertrag) ist das eGBR für die Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen gemäß § 340 SGB V für Berufsangehörige ohne Kammerzugehörigkeit die zuständige Stelle. Dieser Regelung Rechnung tragend und zur Vermeidung von Missverständnissen zur Zuständigkeit, regen wir eine entsprechende Streichung der Zuständigkeitszuweisung für Berufsgehilfen in § 5 Absatz 1 Nr. 7 ThürHeilBG an.

3. Anpassung der Ordnungsgeldhöhe in § 46 a Thüringer Heilberufegesetz

§ 46 a Thüringer Heilberufegesetz gibt dem Kammervorstand die Möglichkeit einen Kammerangehörigen, der die ihm obliegenden Berufspflichten verletzt hat, schriftlich zu rügen und diese Rüge mit einem Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 2.000 Euro zu verbinden.

Demgegenüber normiert § 11 des Thüringer Heilberufegesetzes, dass Kammerangehörige, die den Pflichten nach § 2 Absatz 2 oder 3 Thüringer Heilberufegesetz oder den sonstigen Pflichten der Satzung zuwider handeln, mit einem Ordnungsgeld bis 5.000 Euro belegt werden können. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Meldeverstöße, die gemäß unserer Satzung ebenfalls Berufspflichtverletzungen sind, mit einem höheren Ordnungsgeld belegt werden können als die Berufspflichtverstöße der Berufsordnung. Die Verhängung einer Rüge mit einem Ordnungsgeld stellt im Rahmen der Berufsrechtsverfahren zudem ein wichtiges Instrument der Sanktionsmöglichkeit des Kammervorstandes dar. Hierdurch lassen sich mitunter langwierige Berufsgewaltliche Verfahren vermeiden, so dass eine Anpassung des Ordnungsgeldrahmens bei Berufspflichtverstößen auf 5.000 Euro angemessen wäre, um auch schwerwiegendere Verstöße adäquat sanktionieren zu können. Wir regen daher an, § 46 a Absatz Satz 2 entsprechend anzupassen.

4. Zuständigkeit für die Abnahme von Fachsprachenprüfungen

Die Landesapothekerkammer Thüringen ist gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 Thüringer Heilberufegesetz dafür zuständig, die zur Ausübung der Berufstätigkeit erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse zu prüfen, soweit es sich um Berufsangehörige aus den EU- und EWR-Mitgliedstaaten handelt, die im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs vorübergehend und gelegentlich ihren Beruf in Thüringen ausüben. Diese Berufsangehörigen sind nach dem Thüringer Heilberufegesetz zwar bei der Kammer meldepflichtig, aber ausdrücklich von der Kammermitgliedschaft ausgenommen.

Demgegenüber fehlt eine ausdrückliche Zuständigkeitszuweisung für Fachsprachenprüfungen für Berufsangehörige, die in Thüringen eine Feststellung der Gleichwertigkeit ihrer im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen durchlaufen, um die deutsche Approbation zu erhalten und ggf. dauerhaft in Thüringen den Apothekerberuf ausüben.

Nach unserer Auffassung ist dieses Auseinanderfallen der genannten Zuständigkeiten nicht sachgerecht und auch nicht zielführend. Wir regen an, die Zuständigkeit für alle Fachsprachprüfungen der entsprechenden

Berufsangehörigen durch eine Verankerung im Thüringer Heilberufegesetz auf die Kammern zu übertragen. Die Fachsprachenprüfung erfolgt nunmehr auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung mit dem TLVWA. Eine Rechtsgrundlage im Thüringer Heilberufegesetz fehlt nach wie vor.

5. Zusammenarbeit zwischen Kammern und Behörden nach § 9 Thüringer Heilberufegesetz durch umfassende Informations- und Datenübermittlung zur Erfüllung der Kammeraufgaben

Eine essentielle Anregung betrifft die Schaffung einer Klarstellung zur Zusammenarbeit mit den Thüringer Behörden durch umfassende Informations- und Datenübermittlung.

Zum Aufgabenbereich der Kammer gehört gem. § 5 des Thüringer Heilberufegesetz auch die Überwachung der Berufsausübung der Apotheker. Berufsspezifische Gesetzes- und Ordnungsverstöße, die durch die Behörde, das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz festgestellt werden, führen durch die in der Berufsordnung verankerte Verpflichtung der Thüringer Apotheker, Gesetze und Verordnungen zu beachten, stets zum Erfordernis, einen berufsrechtlichen Überhang zu prüfen, um damit den gesetzlichen Auftrag der Berufsaufsicht erfüllen zu können. Die Landesapothekerkammer Thüringen ist damit zwingend darauf angewiesen, über den Kenntnis- und Verfahrensstand der Behörde informiert zu werden.

Hier bestehen leider immer noch unterschiedliche Auffassungen darüber, ob und welche Informationen an die Kammer seitens der Behörde übermittelt werden müssen. Die von uns angeführte Rechtsgrundlage wurde in der Vergangenheit seitens der Behörde nicht als ausreichend erachtet, so dass eine effektive Wahrnehmung der Berufsaufsicht unsererseits nicht gewährleistet werden kann. Wir bitten daher um eine klarstellende Regelung, die eine umfassende Informations- und Datenübermittlung festschreibt, die auch die Übersendung vollständiger Akten umfasst.

6. Anzeigepflicht der Kammerangehörigen beim zuständigen Gesundheitsamt

Ein weiterer Punkt betrifft die Regelung des § 2 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz. Nach dieser Regelung haben sich alle Apotheker nach Aufnahme der beruflichen Tätigkeit unter Vorlage Ihrer Berechtigungsnachweise bei dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden.

Wir hatten bereits mehrfach gegenüber unserer Aufsichtsbehörde angeregt, diese Regelung dem tatsächlich intendierten Regelungszweck und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Wir sind der Auffassung, dass die Thüringer Gesundheitsämter selbstverständlich zur ihrer Aufgabenwahrnehmung zuverlässige Informationen über die ortsansässigen Apotheken benötigen. Auf unsere Anfragen bei den Gesundheitsämtern erhielten wir die Auskunft, dass für die An- und Abmeldung nicht-selbständiger Apotheker, insbesondere derjenigen, die in der Industrie, Verwaltung oder Wissenschaft tätig sind, keine objektive Notwendigkeit oder Verwendung dieser Daten bestünde. Wir regten deshalb an, den Wortlaut des § 2 Absatz 2 Thüringer Heilberufegesetz sowie des § 7 der Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der Gesundheitsämter (GesDV) dahingehend abzuändern, dass lediglich die Apothekeninhaber verpflichtet sind, die Aufnahme der beruflichen Tätigkeit, den Sitz der Niederlassung sowie die Beendigung und jeden Niederlassungswechsel gegenüber dem Gesundheitsamt anzuzeigen. Alternativ wäre zu prüfen, ob diese Meldung nicht standardisiert über das für die Betriebserlaubnis von Apotheken zuständige Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz erfolgen könnte. Die Behörde meldet in bewährter Weise jede Änderung im Apothekenwesen an die LAKT, aber beispielsweise auch an den Nacht- und Notdienstfond des DAV.



7. Klarstellung zur Befugnis der Erteilung von Fortbildungszertifikaten durch die Kammer.

Dieses Klarstellungsbedürfnis ergab sich in der Vergangenheit aufgrund eines am 19.07.2012 ergangenen Urteils des Oberverwaltungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt, welches feststellte, dass die Zahnärztekammer in Sachsen-Anhalt mangels einer ausreichenden Rechtsgrundlage im Heilberufegesetz nicht berechtigt gewesen sei, ihren Mitgliedern Fortbildungszertifikaten auszustellen. Da eine solche ausdrückliche Regelung auch in Thüringen bislang fehlt, bitten wir um Prüfung der Erforderlichkeit der Schaffung einer Rechtsgrundlage sowie ggf. Einführung einer klarstellenden Regelung.

8. Änderung der Apothekenbetriebsordnung

Wenn bereits die Rechtsgrundlage für die Erteilung eines Fortbildungszertifikates für Mitglieder in Zweifel steht, erweist sich die Änderung der ApBetrO durch das PTA-Reformgesetz als weitaus unsicherer. So ist durch das PTA-Reformgesetz und der damit verbundenen Änderung der Apothekenbetriebsordnung in § 3 Absatz 5 b) und 5 c) zum 1. Januar 2023 eine Zuständigkeit „der Apothekerkammern“ für die Erteilung eines Fortbildungszertifikates für pharmazeutisch-technische Assistenten (PTA) entstanden, ohne das definiert wurde, welche Apothekerkammer, denn für welche PTA in welcher Weise zuständig ist. Da PTA keine Kammerangehörige sind, muss geprüft werden, inwieweit der Landesapothekerkammer Thüringen diese Aufgabe übertragen werden muss. Sollte diese Aufgabenerweiterung der Landesapothekerkammer Thüringen im Thüringer Heilberufegesetz verankert werden, sind weitere Regelungen zu treffen, unter welchen Maßgaben diese bundesgesetzliche Vorgabe umgesetzt werden soll. Sofern die Landesapothekerkammer Thüringen diese Aufgabe übernehmen soll, wären entsprechende Regelungen im Thüringer Heilberufegesetz erforderlich vor deren Implementierung, der Kammer die Möglichkeit einer konkreten und umfassenden Stellungnahme einzuräumen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Landesapothekerkammer Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2207 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name VERSORGUNGS WERK LTAK THÜRINGEN
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse POTSDAMER STR. 47 14163 BERLIN
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	ZUSTIMMUNG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Zustimmung zum Gesetz es. Entwurf	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
<input checked="" type="checkbox"/>	ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin 18.6.2021	

Versorgungswerk der Landestierärztekammer Thüringen

Einrichtung der Landestierärztekammer Thüringen - Körperschaft des öffentlichen Rechts

Tierärzteversorgung Thüringen - Pf 146 - 14131 Berlin

Potsdamer Str. 47
14163 Berlin (Zehlendorf)
Telefon : (030) 816002 62
Fax : (030) 816002 40
Internet: www.vw-ltk.de
E-Mail: info@vw-ltk.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
21.06.2021 10:45

15549/2021

Durchwahl/Fax

Ihre Nachricht vom/Zeichen

Ihr/e Gesprächspartner/in

Datum
18.06.2021

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 7/2207 -

hier: Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Versorgungswerk der Landestierärztekammer Thüringen befürwortet den vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 7/2207.

Mit freundlichen Grüßen

Versorgungswerk der Landestierärztekammer
Thüringen
Im Auftrag

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes, Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2207 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesärztekammer Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Semmicht 33
	Postleitzahl, Ort	07751 Jena
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Selbstverwaltungsorgan der Thüringer Ärzteschaft Wahrnehmung der Aufgaben nach § 5 ThürHeilBG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Jena, 15.06.2021

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
21.06.2021 10:53

15555/2021

Datum: 15.06.2021

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes
Gesetzesentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/2207 –
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin Baierl,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesärztekammer Thüringen und die Ärzteversorgung Thüringen nehmen zur Drucksache 7/2207, Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes, im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens Stellung. Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen schließt sich dieser Stellungnahme an. Die geplanten Änderungen des Thüringer Heilberufegesetzes werden begrüßt. Es wird darauf hingewiesen, dass weiterer Änderungsbedarf gesehen wird. Dieser wird im nächsten Gesetzgebungsverfahren zur Änderung der Thüringer Heilberufegesetzes eingebracht werden.

Es wird insbesondere begrüßt, dass nunmehr Regelungen zur Ehrenamtlichkeit der Tätigkeit in den Organen und Ausschüssen und zum Datenaustausch zwischen den Kammern und deren Versorgungswerken getroffen wurden.

Zum Fragenkatalog der CDU – Fraktion zur schriftlichen Anhörung zu Drucksache 7/2207 nimmt die Landesärztekammer Thüringen zu Frage 1 bis 3 wie folgt Stellung.

Frage 1 - Halten Sie die Veränderungen für verhältnismäßig?

Die Änderungen werden aus Sicht der Landesärztekammer Thüringen für verhältnismäßig gehalten.

Frage 2 – Teilen Sie die Auffassung, dass weder Ihrem Verband noch dem Land durch den vorgelegten Gesetzesentwurf keine Kosten entstehen?

Nach erster Prüfung entstehen für die Landesärztekammer Thüringen durch den vorgelegten Gesetzesentwurf keine weiteren Kosten.

Frage 3 – Halten Sie die Ethikkommission für notwendig und die vorgesehene Umsetzung für sinnvoll?

Die Ethikkommission wird für notwendig erachtet und die Umsetzung als sinnvoll angesehen.

Kontakt

Im Semmicht 33 | 07751 Jena
Tel.: 03641 614 - 0
Fax: 03641 614 - 169
Mail: post@laek-thueringen.de
Web: www.laek-thueringen.de

Datenschutz

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung-Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage www.laek-thueringen.de/datenschutz. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.

Das Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des ThürBeteilG fügen wir als Anlage bei.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten* des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2207 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Sächsisch - Thüringische Apothikervereinigung</i></td> <td><i>Unselbstständige Einrichtung der sächsischen Landesapothekenkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts</i></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Pillnitzer Landstraße 10</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td><i>01326 Dresden</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Sächsisch - Thüringische Apothikervereinigung</i>	<i>Unselbstständige Einrichtung der sächsischen Landesapothekenkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Pillnitzer Landstraße 10</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>01326 Dresden</i>	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	<i>Sächsisch - Thüringische Apothikervereinigung</i>	<i>Unselbstständige Einrichtung der sächsischen Landesapothekenkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Pillnitzer Landstraße 10</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>01326 Dresden</i>									
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Ottendorf, den 22.06.2021	

18502/2021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes	
1.	bei natürlichen Personen
	Name
	Vorname
bei juristischen Personen	Name
	Organisationsform
	Versorgungswerk der Landes Zahnärztekammer Thüringen
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Berufsunfähigkeits-, Alters-, und Hinterbliebenenversorgung der Thüringer Zahnärzteschaft

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Stellungnahme zu Gesetzentwurf	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Anhörungsverfahren	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

18503/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
bei juristischen Personen		
	Name	
	Organisationsform	
	Landes Zahnärztekammer Thüringen	
	KdöR	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	Barbarossahof 16	
	99092 Erfurt	
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person	

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags Stellungnahme zu Gesetzentwurf
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme Anhörungsverfahren Form der Stellungnahme <input type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes	
1.	bei natürlichen Personen
	Name
	Vorname
	bei juristischen Personen
	Name
	Organisationsform
	Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen
	KdöR
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	99085 Erfurt
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Stellungnahme zu Gesetzentwurf	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Anhörungsverfahren	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------



Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Gleichstellung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
23.06.2021 08:02

15741/2021

per Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Ansprechpartner

Datum

22.06.2021

Anhörungsverfahren zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG) – Drucksache 7/2207

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,
sehr geehrte Frau Ministerialrätin Baierl,

die Landeszahnärztekammer Thüringen, das Versorgungswerk der Landeszahnärztekammer Thüringen und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen geben folgende gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes (ThürHeilBG) ab.

Unsere Stellungnahme bezieht sich dabei lediglich auf diejenigen Punkte des Gesetzesentwurfes, wo unsererseits Klarstellungsbedarf gesehen wird.

Zu den Änderungen:

Artikel 1

zu Ziffer 2

Der Ergänzung des § 5a ThürHeilBG um einen neuen Absatz 3 als Rechtsgrundlage zum Datenaustausch zwischen den heilberuflichen Kammern und deren Versorgungswerken stimmen wir zu.

zu Ziffer 4

Auch die Einfügung eines neuen § 5 d ThürHeilBG zur Regelung der amtlichen Bekanntmachung über die Internetseite der Kammer stimmen wir vollumfänglich zu.

zu Ziffer 6

Die ergänzende Regelung in § 13 ThürHeilBG, in der die Ehrenamtlichkeit normiert werden soll, wird von uns vollumfänglich begrüßt.

zu Ziffer 7

In den geplanten Änderungen ist die beratende Einbeziehung der Landes Zahnärztekammer Thüringen bei zahnmedizinischen Fragestellungen nicht mehr vorgesehen. Wir gehen davon aus, dass auch zukünftig Sachverständige zu Fachthemen hinzugezogen werden, sehen aber die grundsätzliche Streichung sehr kritisch. Die vorgesehene explizite Beratung auch der Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Thüringen in berufsethischen Fragen im zukünftigen § 17 a (1) Nr. 1 begrüßen wir sehr. Gerade daher stößt es auf Unverständnis, dass die Hinzuziehung von Sachverständigen nicht ausdrücklich im Gesetz vorgesehen sein soll.

Den als Anlage 3 beigelegten Fragenkatalog beantworten wir wie folgt:

zu Ziffer 1

Eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit i. S. d. Gesetzes ist vorzunehmen, wenn der Zugang oder die Ausübung der jeweils betroffenen Berufe eingeschränkt wird. Dies ist aus unserer Sicht in keinem der Änderungsvorschläge der Fall. Auch sind die vorgeschlagenen Änderungen eher auf Transparenz (z.B. Veröffentlichung neuer Regelungen auf jeweiligen Webseiten) und effektiven Datenaustausch ausgerichtet, was dem jeweiligen Mitglied zu Gute kommt. Aus unserer Sicht sind die vorgeschlagenen Änderungen, zu denen wir oben Stellung genommen haben, daher in jedem Fall verhältnismäßig.

zu Ziffer 2

Aus unserer Sicht entstehen den stellungnehmenden Körperschaften durch die einzuführenden Regelungen keine Kosten. Die Regelungen werden sich idealerweise sogar kostensparend auswirken.

zu Ziffer 3

Die Errichtung einer Ethikkommission halten wir in jedem Fall für notwendig und angebracht. Bezüglich der geplanten Umsetzung verweisen wir auf unsere oben gemachten Anmerkungen.

Freundliche Grüße

Präsident der LZKTh

Vorsitzender des
Vorstandes des
VW der LZKTh

Vorsitzender des
Vorstandes der KZVTh

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufesgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/2207 -											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG) Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bundesverband für freie Kammern</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Geschäftsstelle Kassel</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Riedelstraße 32</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>34130 Kassel</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesverband für freie Kammern	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle Kassel	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Riedelstraße 32	Postleitzahl, Ort	34130 Kassel
Name	Organisationsform										
Bundesverband für freie Kammern	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsstelle Kassel										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Riedelstraße 32										
Postleitzahl, Ort	34130 Kassel										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	Kammerpolitik, Kammerrecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Notwendigkeit der grundsätzlichen Novellierung des Thüringer Heilberufegesetzes zur Stärkung von Transparenz und Demokratie der Kammern • Ergänzung von § 5 d (neu) zur Stärkung von Transparenz der Kammern 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 Thür/BeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Kassel, 03. Juli 2021	

Bundesverband für freie Kammern e.V.*Riedelstr. 32*34130 Kassel

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung
99096 Erfurt

Riedelstraße 32, 34130 Kassel

02. 07. 2021

Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes - Drucksache 7/2207-

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin

mit Schreiben vom 04. Juni 2021, welches uns am 30. Juni 2016 erreicht hat, haben Sie uns freundlicherweise zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung über das Sechste Gesetz zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes eingeladen.

Wir bedanken uns für das Interesse an der Position unseres Verbandes zu diesem Thema und fügen unsere schriftliche Stellungnahme in der Anlage bei.

Für Rückfragen und/oder weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesgeschäftsführer)

Stellungnahme des Bundesverbandes für freie Kammern e.V. (bfffk) zum Entwurf des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Heilberufegesetzes

I. Vorbemerkung

Der bfffk beschäftigt sich im Auftrag seiner Mitglieder ausschließlich mit kammerpolitischen und kammerrechtlichen Themen. Wir haben von unseren Mitgliedern keinen Auftrag und mithin keinerlei Legitimation, uns zu anderen Themenbereichen – insbesondere wie hier in Gesundheitsfragen und/oder dem Datenschutz – zu äußern.

Aus Sicht des bfffk wäre eine grundlegende Novellierung der Heilberufesetze – auch des in Thüringen – notwendig, um abseits der Grundsatzfrage der Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaft in den Kammern dringende erforderliche Fortschritte bei der Demokratisierung der Kammern durchzusetzen. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass der vorliegende Entwurf nicht diese Intention verfolgt. Wir beschränken unsere Anmerkungen daher vorliegend auf die hier vorliegenden Änderungen und würden uns wünschen, dass eine grundlegende Novellierung in der nächsten Wahlperiode angegangen wird.

II. Anmerkungen zum Gesetzentwurf

Der bfffk begrüßt die Ergänzung von § 5 d, mit dem ein Mehr an Transparenz für die Öffentlichkeit und die Mitglieder hergestellt werden soll.

Vor dem Hintergrund, dass die Kammern in öffentlichem Auftrag handeln und dabei die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen, ist eine solche Transparenz eben nicht nur gegenüber den Mitgliedern, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit geboten. Nach unseren Feststellungen gibt es gerade bei den Heilberufekammern in diesem Bereich einen eklatanten Mangel.

Deswegen ist es nicht ausreichend, wenn der Gesetzentwurf ohne jede weitere Präzisierung lediglich die Pflicht zur Veröffentlichung von „Satzungen und andere amtliche Veröffentlichungen“ regelt. Tatsächlich sollte hier das Mindestmaß der Informationen konkret bezeichnet werden, die von den Kammern regelhaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Aus Sicht des bfffk sollten dies mindestens die folgenden Unterlagen und Informationen sein:

- Wirtschaftspläne
- Jahresabschlüsse
- Gehälter der Hauptgeschäftsführung
- Ehrenamtsentschädigungen
- Verzeichnis der Ehrenämter und Mandate von Hauptgeschäftsführung und Präsident*in

Dass eine Kammer die finanziellen Grundlagen ihrer Tätigkeit veröffentlicht bzw. veröffentlichen muss, sollte bei einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts selbstverständlich sein. Dies gilt erst Recht beim Blick auf entsprechende Verpflichtungen für die Privatwirtschaft. Tatsächlich gibt es hier aber erhebliche Defizite. Aktuell lassen sich entsprechende Informationen nur über individuelle Anfragen nach dem Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) erreichen und wird nach Erfahrungen des bffk selbst dann nur verzögert, verschleppt und in Einzelfällen auch mit einer Ablehnung bearbeitet. Eine gesetzliche Klarstellung/Verpflichtung scheint dringend geboten.

Für Vorstände gesetzlicher Krankenversicherungen, für die Vorstände privatrechtlicher DAX-Gesellschaften und – z. B. in Schleswig-Holstein – für die Führung öffentlicher Gesellschaften ist die Verpflichtung zur Offenlegung der Gehälter der Geschäftsführungen bzw. Vorstände schon heute gesetzlich bestimmt. In der Sache ist es in keiner Weise nachvollziehbar, dass es an einer solchen gesetzlichen Verpflichtung für die Geschäftsführungen der Heilberufekammern bis heute fehlt. Einerseits würde eine solche Verpflichtung zur Transparenz dazu beitragen können, das Ansehen der Körperschaften zu heben. Andererseits ist die Transparenzverpflichtung nach aller Erfahrung ein wirksames Instrument, um unangemessenen Vergütungen entgegenzuwirken.

Nach allen Erfahrungen – siehe hier insbesondere die Feststellungen des Landesrechnungshofes Niedersachsen – hat es in zahlreichen Heilberufekammern immer wieder Auseinandersetzungen um die Angemessenheit der Aufwandsentschädigungen für das Ehrenamt gegeben. Auch hier gilt wie schon zuvor bei den Gehältern für die Geschäftsführung, dass ein Mehr an Transparenz einerseits zu mehr Ansehen führen wird, wenn angemessene Aufwandsentschädigungen ehrlich und offen kommuniziert werden, und andererseits dazu beiträgt, einer unangemessenen Selbstbedienung einen wirksamen Riegel vorzuschieben.

Ansichts der Tatsache, dass in Heilberufekammern teilweise hohe 5-stellig bis 6-stellige

Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, handelt es sich hier auch nicht um ein vernachlässigbares Randthema. Tatsächlich geht es auch hier um die Darstellung einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts in der Öffentlichkeit.

In Nordrhein-Westfalen gibt es schon jetzt für die haupt- und ehrenamtliche Führung der Kammern die Verpflichtung zur Veröffentlichung der wahrgenommenen Ehrenämter und Mandate. Dies folgt der Umsetzung einer Transparenzverpflichtung und der Vorbeugung im Sinne der Verbesserung der Korruptionsbekämpfung. Eine solche Verpflichtung stellt mitnichten die Führungen der Kammern unter Generalverdacht. Vielmehr dient die Möglichkeit, bei entsprechenden Anfragen auf eine bereits strukturell verankerte Veröffentlichung dieser Daten verweisen zu können, ebenfalls dazu, das Ansehen der Kammern als Körperschaften des Öffentlichen Rechts zu stärken.

III. Zur Beantwortung der Fragen

Frage 1. Halten Sie die Änderungen für verhältnismäßig?

Aus unserer Sicht gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Gesetzentwurf in unverhältnismäßiger Weise auf die Anforderungen der Umsetzung des EU-Rechts reagiert. Tatsächlich halten wir beim Thema „Transparenz/Veröffentlichung“ (siehe Abschnitt II.) eine weitergehende Regelung für dringend geboten.

Frage 2. Teilen Sie die Auffassung, dass weder Ihrem Verband noch dem Land durch den vorgelegten Gesetzentwurf keine Kosten entstehen?

Ja.

Frage 3. Halten Sie die Ehtikkommission für notwendig und die vorgesehene Umsetzung für sinnvoll?

Hier hat der bffk von seinen Mitgliedern keinen Auftrag, eine inhaltliche Stellungnahme abzugeben.

Frage 4. Entsprechen die Änderungen den aktuellen Anforderungen an Datenschutz? Welche Verbesserungspotentiale sehen Sie diesbezüglich?

Hier hat der bffk von seinen Mitgliedern keinen Auftrag, eine inhaltliche Stellungnahme abzugeben.

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)